

Lübeker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 418.]

Der „Lübeker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 287.

Donnerstag, den 9. Dezember 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübeker Volksbote“.)

Berlin, 7. Dezember 1897.

5. Sitzung.

Vom Unabdrückliche: Fürst v. Hohenlohe, Graf Posadowski, Tirpitz, v. Tschelmann, v. Bülow, v. Goltz, Tscheln.

Tagesordnung: Erste Verathung des Flottengesetzes (Fortsetzung).

Präs. v. Bülow eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr.

Nichter (Vsp.): Wenn man betrachtet, was seit dem Tode Wilhelm I. für die Steigerung der Wehrkraft geschehen ist, so kann man wohl sagen, daß der Reichstag stets bestrbt war dasjenige zu erhalten, was der alte Kaiser geschaffen; das Militärbudget ist um ein Drittel gestiegen, die Reichsschuld hat sich daher verdreifacht; sie liegt von 72 auf 215 Millionen. Und gerade die Marine ist in ihrer Friedensstärke um 50 pCt. erhöht. Was der Umfang der Seemarine auch erheblich vergrößert sein; das Ordinarium für die Marine ist seit 1872 auch um das Fünffache gestiegen. Und was Ihre Wehrkraft anlangt, so wäre doch die gegenwärtige Machtentfaltung gar nicht möglich, wenn die Regierung nicht selbst die Marine ihrer Aufgaben für gewachsen hielte. Der Reichstag hat jedenfalls stets so viel bewilligt, als nur irgend möglich war. Beim ersten Flottengründungsplan 1889 handelte es sich nur um Küstenpanzerfahrzeuge. Mit einem Schlage hat der Reichstag damals vier Panzerschiffe in Angriff nehmen lassen und seither sollte nach Schaffung dieses Kern ohne Ueberstürzung weitergearbeitet werden. Freilich 1894 hat sich die Marine auch einen bescheidenen Auftrieb von vier Millionen gefallen lassen müssen, aber dies geschah angesichts eines Steuerbudgets von 100 Millionen Mark neuer Steuer! — Die Wehrkraft des Reichstages hat die Nothwendigkeit der Flotte anerkannt. Aus der demokratischen Volksbewegung 1848 ist die erste deutsche Flotte hervorgegangen. (Sehr richtig!) Wir brauchen eine Flotte zum Schutz der Nord- und Ostsee, der handelspolitischen Interessen im Ausland und unserer Landsleute in un- und halbzuverlässigen Staaten. Aber ist dieser Schutz nicht jetzt schon vorhanden? Man kann doch nicht überall ein Kriegsschiff hinstellen, wie in der Berliner Friedrichstraße einen Schutzmann. Und auch wenn man in Berlin einen Schutzmann braucht, ist er nicht zu haben. (Weiterleit. Weisfall.) Wie oft müssen in Deutschland selbst die Bürger auf die berechnete Entschädigung warten! Mancher wünscht dann wohl auch einen Kreuzer gegen die eigene Regierung! (Weisfall. Unruhe rechts.) Man rede doch nicht immer von der Wechselwirkung zwischen den Handelsbeziehungen und der Flottenentwicklung! Unser überseeischer Handel ist gestiegen, und wir können mit England jetzt konkurriren trotz der Ueberlegenheit der englischen Flotte. In der Vermehrung der Schiffsflotte liegt der Schwerpunkt der Vorlage, mit der Vermehrung der Auslandsschiffe will man nur die Händler und Industriellen fördern. Für den angeblichen Schutz der deutschen Seemarine würden ja nach 7 Jahren doch nur 1718 mehr vorhanden sein. (Sehr richtig! Links.) Man verufe sich auch nicht auf die Zustimmung der Marineoffiziere; man denke doch nur daran, wie nothwendig nach Ansicht des Offizierkorps die dreijährige Dienstzeit gewesen ist. Und es geht doch auch so. Und dann: das Septennat! Das ist doch einfach ein Vorkriegsstand. Und dies ist wohl nirgends weniger am Platze, als bei den stets wechselnden Bedürfnissen der Marine. Alles ist hier in steitem Fuß: die Technik, die Artillerieausstattung, und das Verhältniß der Streitkraft. Die Geschichte unserer Flottengründungspläne beweist das zur Genüge. Wäre der erste Plan von 1873 Gesetz geworden, man hätte es im folgenden Jahre abändern müssen; hätten wir uns 1891 festgelegt, jetzt hätten wir es ändern müssen; hätten wir im Frühjahr den Plan des Herrn Goltz angenommen; jetzt, wo Herr Tirpitz am Ruder ist, müßte er schon geändert werden! Im vorigen Jahre noch bestritt der Herr Reichskanzler Herrn Tirpitz die Qualifikation zur Ausarbeitung von Flottenplänen. (Weiterleit. Links.) Vor 14 Monaten noch wurde im „Reichs-Anz.“ die Nothwendigkeit einer besonderen Marine-Vorlage einzubringen, die die unübersehbare Entwicklung der Technik doch in kürzester Zeit sprengen würde. Und Herr Tirpitz selbst? Am 6. August d. Z. sprach noch die „Nordd. Allg. Ztg.“ den Stas über eine Vorlage wie diese. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ ist das oberste aller offiziellen Organe. Kann jener Artikel im Widerspruch gestanden haben mit den damaligen Anschauungen des Staatssekretärs der Marine und des Reichskanzlers? Aber von allem andern ganz abgesehen: Wir können die Bedürfnisse der Marine nicht festlegen, weil wir die Finanzen nicht überblicken können. Bei der Veröffentlichung des Flottenplanes im „Reichs-Anzeiger“ hieß es in drei angefügten Zeilen: ohne Anleihe, ohne neue Steuern werde das Gesetz durchgeführt werden. Diese Bemerkung fehlt im Gesetze selbst, sie scheint nur eine private Bemerkung des verantwortlichen Redakteurs gewesen zu sein. (Weiterleit.) Es wäre aber gut, wenn eine solche Erklärung abgegeben werden würde, am besten gleich für die Dauer des Septennats. (Große Heiterkeit.) Vor 2 1/2 Jahren sagte Graf Posadowski, daß es ohne eine Erhöhung der indirekten Steuern auf die Dauer nicht gehen werde. Da hätte man doch dem Flottengesetz eine eingehende finanzpolitische Denkschrift beigegeben sollen. Die angegebenen Ziffern sind doch nicht stichhaltig. Die veränderte Technik ändert die Kosten durch Preissteigerung der Brennmaterialien, sind in früheren Jahren Schiffe um 30 pCt. theurer hergestellt worden, als veranschlagt. Und da will man die Ausgaben auf fünf Jahre hinaus festlegen! Nach dem Herrn Schatzsekretär warten freilich die Einnahmen bloß auf die kommenden Ausgaben. (Weiterleit.) Aber bei den Postreformen, bei der Fußnotenreform u. s. f., da fehlt es immer an Geld. Weisen Sie doch nicht immer auf die Schuldentilgung hin, die die erfreuliche Finanzlage ermöglicht! Schuldentilgung heißt bei Ihnen doch nur, daß man nicht so viel Schulden macht, als man sich vorgenommen hat. (Große Heiterkeit.) Mit dieser Art von Schuldentilgung kann man sehr bald bankrott werden. (Weiterleit.) Und bedenken

Sie doch die anderen Ausgaben: Im nächsten Jahre läuft das Militär-Dienstvertragsgesetz ab, es kommen da die Gehaltsaufbesserungen für die Subalternbeamten, die durch die Militärstrafprozessreform bedingten Mehrkosten in Betracht. Im nächsten Jahre laufen auch die Handelsverträge ab. Die Herren von der Rechten, die haben freilich ein einfaches Mittel: Erhöhung des Getreidezolls! Der vorliegende Plan ist kein Staatsbruch; da hat der Herr Reichskanzler Recht; aber er bedeutet ein weiteres Binden der Volksvertretung. Gerade weil uns die Hände schon vielfach gebunden sind, können wir uns nicht entschließen, ein weiteres Recht preiszugeben. (Sehr richtig! Links.) Man verschone uns mit den Vergleichen mit Italien und England. Dort herrscht eben ein parlamentarisches Regime; dort ist das Ministerium nur der Ausdruck der Parlamentsmehrheit; dort können Gesetze beliebig geändert werden, wenn sie der Volksvertretung nicht mehr gefallen. Aber bei uns wird nicht einmal die Aufhebung von Gesetzen durchgeführt, wenn sie der Reichskanzler uns versprochen hat. (Lebh. Bravo! Links.) Also lassen Sie die Vergleiche, bessern Sie sich lieber nach der andern Seite. (Bravo!) Man giebt uns parlamentsfremde Winzler, und wir sollen gleich Vertretern haben. Und was nützt das auch? Wenn wir anfangen, Vertrauen zu haben, sind sie ja nicht mehr da. (Weiterleit.) Wir haben keinen Einfluß auf die politische Bestimmung der Minister. Wo giebt es ein Parlament, das so wenig Rechte hat, wie das deutsche? Der Reichskanzler hat gesagt: Die Ablehnung der Kreuzer wäre von vorgeschrittenen Männern der Opposition künstlich zu einer Niederlage der Regierung gestempelt worden. Bei der Abendgesellschaft des Herrn v. Miquel waren doch keine Männer der vorgeschrittenen Opposition, und das Thiergartengespräch hat auch kein Oppositionsführer colportiert. (Große Heiterkeit.) Und als das Wort von den unterlandlosen Gefellen fiel, wo war da ein Führer der vorgeschrittenen Opposition gemeint? Ich kenne den Fürsten Reichskanzler seit 36 Jahren und habe ihn vielfach schämen gelernt, aber als Wächterzähler war er mir ganz neu. (Weiterleit.) Wenn die vorgeschrittene Opposition die Schuld trägt, warum bringen Sie da kein Strafgesetz gegen die Reichstagsmehrheit ein? Was ist das für ein eigenartiger Parlamentarismus? (Weiterleit.) Wenn unsere gewaltige Friedenspräsenzstärke, wenn unser Kriegsheer von 4 Millionen Mann dem Auslande nicht imponiren kann, dann werden ihm die paar Panzer und Kreuzer nach 7 Jahren auch nicht imponiren. (Sehr richtig! Links.) Das Gesetz richtet sich gegen die eigene Volksvertretung. Unmittelbar vor den Wahlen will man dem Volke die Hände binden. Wir aber sind der Meinung, daß gerade jetzt die Volksrechte mehr als bisher gestärkt werden müssen. Darum lehnen wir jedes Eingehen auf diese Vorlage ab; wir wollen keine Schwächung der Volksrechte, wir wollen eine friedliche, ruhige, stetige Entwicklung unseres gesammten Volkslebens. (Lebhafte Heiterkeit.)

Staatssekretär v. Tirpitz: Der Herr Vorredner hat gesagt: Die Flotte reicht aus. Gerade die Konflikte mit China und Haiti haben bewiesen, daß sie nicht ausreicht. Was die Technik anlangt, so habe ich so viel Material vorgebracht, daß ich mich über die Einwendungen wundere. Wir basiren unsere Kostenrechnungen nicht auf Schätzungen, sondern auf Contracten. — Daß die Höhe der parlamentarischen Diskussion durch eine solche Bindung herabgedrückt wird, kann ich nicht finden. Und was die Uferlosigkeit der Flottenpläne anlangt: wie kann man dieser besser entgegenzutreten als durch ein Gesetz? Man hat meine Beziehungen zur Presse erwähnt. Demgegenüber bemerke ich, ich habe das Pressebureau nur eingerichtet, um objektiv aufklärend zu wirken, durch Nachrichten an Publikum und Presse. (Weisfall rechts.)

Graf von Arnim: Die Flotte ist nicht für die Regierung da, sondern zum Schutz der nationalen Arbeit. Die Herren, die nicht verstehen, daß wir bei dem rapiden Aufschwung des Handels und der Industrie einer größeren Schutzmacht bedürfen — das sind die wahren Reactionäre und wir sind die wahren Fortschrittler. Für uns handelt es sich nicht um die formelle Seite der Frage, sondern um den Schutz des Vaterlandes. Die Arbeiter und die Arbeiter werden schon verstehen, daß hier ihre Interessen, der Handel und die Industrie, in Frage kommen.

Dr. Lieber (Centr.): Wir sind wohl mit dem gesammten deutschen Volke einig in der Ueberzeugung, daß wir vor eine der denkbar wichtigsten, folgenschwersten Entscheidungen gestellt sind. Wir haben nach Prüfung der Vorlage zu einem abschließenden Urtheil nicht kommen können. Die allgemeine politische Lage ist für das Einbringen der Vorlage nicht ungünstig. Große Unmuthgierigkeit herrscht auf Seiten der Regierung; ich erinnere an die Militärstrafprozessordnung, an die Aufhebung des Verbotes des Verbindungsretens von Vereinen, an den oft angewonnenen Jubiläumstrag. Und wir rufen der Regierung zu: Quousque tandem? Wir sind entschlossen, die vorliegende Frage nur nach Gründen zu prüfen, die in der Sache selbst liegen. Ueber die finanzielle Seite ist die Regierung zu leicht hinweggegangen; wir sehen einstweilen nicht vom Beharrungsstand, nur neue Kosten. Die Hauptfrage ist aber die der gesetzlichen Regelung; die Vorlage muß in einer Kommission unter Ausschluß der Öffentlichkeit, vor allem des Auslandes, näher begründet werden. Das ewige Schwanken von früher hat mit dieser Vorlage freilich aufgehört; aber bei meinen Freunden bestehen noch erhebliche Bedenken, ob ein Ruhepunkt in der technischen Entwicklung bereits eingetreten ist, so daß man feste Linien ziehen kann. In erster Reihe aber steht die Frage des Aternats, denn es handelt sich in der That um eine solche. Sollte einmal ein Reichstag eine Regierungsforderung auf Grund des Flottengesetzes ablehnen, der Reichskanzler diese Summe aber trotzdem ausgeben lassen, so wird sie doch ihm auch in Rechnung gestellt. Das Schreckgespenst der Bindung muß also auf sein natürliches Maas zurückgeführt werden. Dagegen ist die Bindung für die Regierung nicht bedeutungslos, sie kann nicht mehr als zwei Geschwader fordern. Will sie ein drittes Geschwader haben, so muß sie an uns mit einer Forderung von 235 Millionen herantreten. Einzelne Schiffe darf sie nicht mehr fordern. Auch die jedesmalige Aufwendung von Geld kann in einer Maximalgrenze für jedes Jahr gesetzlich festgelegt werden. Die Regierung kann diese Bindung sehr gut acceptiren. Die Bindung auf 7 Jahre begegnet bei meinen politischen Freunden den schwersten Bedenken. Besteht

die Regierung auf der angegebenen Beschränkung, so kann das möglicherweise entscheidend für das Schicksal der Vorlage sein. Wegen die Zahl der Auslandsschiffe haben wir keine wesentlichen Bedenken. Wir müssen aber klar sehen, ob die finanziellen Mittel des Reiches ausreichen werden. Ich bezweifle das. Aber mit indirekten Steuern ist bei dem Centrum kein Geschäft mehr zu machen. (Weiterleit.) Sind die Schiffe so dringend nothwendig, dann muß auf andere Weise Hülfe geschafft werden: auf dem Wege der direkten Besteuerung. Warum sollen nicht die Kreise zu den Lasten herangezogen werden, die von der Flottenvermehrung den meisten Nutzen haben? Legen Sie die Lasten auf die leistungsfähigen Schulkinder, dann haben wir neun Rehtel des Widerstandes gegen die Vorlage gebrochen. (Unruhe und Bewegung links.) Durch unsere Haltung werden Diejenigen enttäuscht sein, welche glaubten, wir würden die Vorlage einfach abweisen. Wir sind es der Sache, uns selbst, dem Vaterlande schuldig, die Vorlage erst zu prüfen. Wir können die Streitbarkeit der Marine nicht wie Herr Miquel mit dem Brustton der Ueberzeugung abweisen. Auch wir halten das Recht des Volkes und seiner Vertretung aufrecht. Auch wir halten die Wehrhaftigkeit des Vaterlandes innerhalb der Leistungsfähigkeit hoch. Aber wir sagen auch: Waffen entscheiden über die Welt. Wäge aus unseren Verathungen eine Vorlage hervor, welche die Streitbarkeit der Marine und die Sinesseinheit des Reichstages bewahrt. (Lebhafte Weisfall im Centr.)

Staatssekretär Tirpitz: Der Gedanke der von Herrn Lieber verlangten Limitirung der Ausgaben sei ihm allerdings neu, aber sympathisch.

Nachdem noch

Graf v. Bernstorff-Wehlen (Wesle) erklärt hat, daß er der Vorlage sympathisch gegenüber stehe, wird die weitere Sitzung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Flotten-Vermehrung vor dem Reichstage. Der Reichstag hatte Montag seinen ersten „Großen Tag“ in der neuen Session. Der Andrang zu den Tribünen war ein ganz gewaltiger, die Abgeordneten wurden bei den Eingängen und in der Wandelhalle um Einlaßkarten förmlich bestrickt. Der Gegenstand der Tagesordnung, die Marine-Vorlage (spiegelte sich sozusagen, in der Zusammensetzung des Publikums wieder. Man sah gar viele Offiziere mit ihren Damen auf den Gallerien, die Marine-Offiziere bildeten die Mehrheit, aber auch Offiziere der Schutztruppe und andere Truppengattungen waren zahlreich anwesend. Die Hofloge war in allen ihren Theilen von Offizieren und diplomatischen Beamten gefüllt, vorn an der Rampe saß der bekannte Chef des kaiserlichen Marinekabinetts Herr von Senden-Wibran. Auf der Bundesraths-Empore ging es sehr lebhaft zu. Es wimmelte da oben von Commissaren und Geheimräthen; wohl kein ministeriales Ressort des „Großstaats“ Preußens, wohl kein einziges Bundesstaatchen war unvertreten. Schon vor Beginn der Sitzung erschienen der Reichskanzler Fürst Hohenlohe mit dem neuen Mann der Marine Herren Tirpitz, der frühere Reichschatzsekretär, jetzige Staatssekretär vom Reichsamt des Innern Graf v. Posadowski führte den Nachfolger des Herrn v. Marschall, den Staatssekretär des Auswärtigen Freiherrn v. Bülow in den Saal. Auch der neu ernannte Reichschatzsekretär von Tschelmann nahm am Ministerische Platz. Der preussische Minister des Innern v. d. Recke kam mit dem ihm Geistesverwandten Abg. Graf Limburg-Stierum ihm folgten die Minister v. Miquel, v. Hammerstein und Tscheln. Mit Ausnahme des Kultusministers Basse waren wohl schließlich sämmtliche preussischen Minister beisammen. Das größte Interesse wendet sich naturgemäß Herrn Tirpitz, dem Marine-Stern zu. Er ist ein großer Mann mit großem Kopfe; ein mächtig langer dunkelbrauner Wollbart der das Gesicht umrahmt, steht in wirksamem Gegensatz zu der riesengroßen Blase, welche sich bis in den Nacken zieht. Die breitschultrige Figur zeigt den richtigen Seemannstypus, man glaubt einen Eiskapitän von mittleren Jahren vor sich zu haben, wie man sie in Hamburg hundertweise sieht. Ganz anders wie diese robuste Erscheinung nimmt sich die elegante Gestalt des Herrn v. Bülow aus. Das leicht angegraute Haupthaar mit dem wohlgepflegten Scheitel, der tadellos sitzende schwarze Gehrock die Lackschuhe lassen ihn als das Prototyp unserer älteren Aristokraten erscheinen. Herr v. Tschelmann ist ein kleines älteres Männchen, dem man den altgedienten Beamten auf den ersten Blick ansieht.

Nachdem Herr von Bülow die Sitzung eröffnet hatte, nahm der Reichskanzler das Wort. Die Abgeordneten waren aber nur in geringer Anzahl erschienen, an Beschlußfähigkeit war nicht im Entferntesten zu denken. So bildete sich denn nur eine kleine Corona um den Fürsten, die die paar nichtszagenden einleitenden Worte

aus erster Hand haben wollte. Der Reichskanzler las seine Rede ab, seine Stimme klang frischer, wie sonst, und war deshalb besser zu verstehen. Seltener erregte die Bemerkung, daß die Regierung eine zwar nicht große, aber leistungsfähige Flotte verlange. Im Uebrigen verhielten sich die Abgeordneten links und rechts ganz ruhig und nur am Schlusse machte die Rechte einige schwächere Vorklappversuche. Der nächste Redner war Herr Tirpitz. Er sprach von dem Referententisch rechts von der Tribüne aus, dem Diebstahlsplatz des Herrn von Marschall, ihm gegenüber am linken Referententisch hatte sich Eugen Richter mit Papier und Bleistift bewaffnet, posirt. Herr Tirpitz hat keine tiefe und rauhe Sprechstimme, sein Organ ist nur klein und klingt ungewöhnlich hell. Die Rede war nicht besonders glänzend. Selbst diese wohl vorbereitete Rede entbehrte jeder größeren Wirkung, stellenweise war sie direkt langweilig. Schon heute kann man sagen, daß Parlament hat in ihm keinen rebebegabten Regierungsvertreter gewonnen. Auch die Zunker dürften etwas enttäuscht von ihm gewesen sein. Wollte man ihren Blättern Glauben schenken, so wäre Herr Tirpitz eine Draufgängerart wie die des früheren Kriegsministers Bronsart von Schellendorf. Davon war aber beim heutigen Debut gar nichts zu merken. Die Rede war in sachlichen, concilianten Formen gehalten, erst gegen den Schluß nahm sie einen etwas schneidigeren Ton an. Sachlich brachten weder der Reichskanzler noch Herr Tirpitz neue Gesichtspunkte bei. Die Weltmachtstellung Deutschlands im europäischen Konzert, die überseeischen Interessen und wie die schönen Dinge noch heißen mögen, machten die Vorlage notwendig.

Als erster Redner aus dem Hause wurde unser Genosse Abg. Dr. Schönlanck aufgerufen. Es machte sich eine gewisse Ueberraschung geltend. Schönlanck gehört noch zu dem jungen Nachwuchs in der Partei, er hat noch nicht oft bei so wichtigen Anlässen die führende Rede gehalten. Man war gewohnt, Bebel, Liebknecht, Bollmar, Auer oder Grillenberger bei solchen Kapitalreden die Tribüne besteigen zu sehen. Schönlanck hatte zunächst gegen große Unruhe anzukämpfen, aber bald verschaffte er sich Gehör und behielt „das Ohr des Hauses“ bis zum Schluß. Seine Worte machten je länger er in der Rede vorschritt, je mehr Eindruck. Seine vortreffliche Rede, in der er die Neigung zum persönlichen und absolutistischen Regiment überzeugend darlegte und mit einer Fülle gewichtigen Materials gegen die Flotten-Vorlage zu Felde zog, machte großen Eindruck. Schönlanck hat sich damit in die Reihe unserer Generalredner aufs Beste eingeführt. Daß die Liebe, die er ausgeht, auch gefessen haben, das beweist der Umstand, daß nicht weniger als drei Minister auf die Rede zurückkamen. Graf v. Posadowsky, Herr v. Thielmann und auch Herr v. Bülow beschäftigten sich in ihren nachherigen Ausführungen hauptsächlich mit der Rede Schönlancks. Staatssekretär v. Bülow gab einige Aufschlüsse über die auswärtige Politik. Er stellte die Zwischenfälle mit Haiti und China als verhältnismäßig harmlos hin. Immerhin spielte der von uns so verurtheilte Weltmachtstempel, der Deutschland so gar nicht ansteht, eine gewichtige Rolle in seinen Worten, die sonst auf Verschönerung der Beunruhigung angelegt waren. Herr von Bülow spricht etwas sehr pathetisch, ist sonst aber kein übler Redner, wenn seine rhetorische Begabung mit der seines Amtsvorgängers auch nicht im Entferntesten zu vergleichen ist.

Aus dem Hause sprachen der konservative Graf Limburg, der für seine Person die Vorlage mit dreimaligem Hip Hip Hurrah annehmen möchte, aber nicht verschweigen durfte, daß einige geärgerte Landbündler vom Schlags Kanitz die Regierung durch Ablehnung des Septennats ärgern wollen, dann der sehr marinefromme freisinnige Dr. Barth, der eigentlich auch alle Schiffe, nur das Septennat nicht apportieren will, und schließlich der v. Jagdewski, der mit der Ankündigung der Ablehnung der preussischen Regierung die Quittung für ihre liebevolle Polenpolitik ausstellte.

Geht der Rummel wirklich los? Sämtliche Nachrichten über die Aktion der deutschen Regierung gegen Haiti kommen aus dem Auslande. Die Regierung selbst hüllt sich in tiefes Schweigen und überläßt es den deutschen Steuerzahlern, sich auszusuchen, was sie von den amerikanischen, den englischen und den französischen Meldungen glauben und was sie nicht glauben wollen. „Reuter's Bureau“ verbreitet folgende New-Yorker Depesche:

„Eine hier eingegangene Depesche aus Port au Prince vom 6. ds. Mts. meldet: Zwei deutsche Kreuzer sind heute früh hier eingetroffen. Es wurde der Regierung von Haiti ein Ultimatum überreicht, in welchem verlangt wird, daß den Forderungen Deutschlands bezüglich der Genugthuung für den Fall Lüders innerhalb eines Zeitraumes von 8 Stunden Genüge geleistet werde. In diplomatischen Kreisen von Port au Prince glaubt man, daß Haiti entschlossen sei, die Bedingungen Deutschlands anzunehmen. Die hier wohnenden Deutschen haben sich, da Ansehensfragen befürchtet wurden, gefestigt auf zwei in dem hiesigen Hafen liegende Dampfer begeben; der französische Gesandte requirirte einen französischen Dampfer für die Franzosen als Zufluchtsort. Unter der Bevölkerung herrscht große Erregung, doch versüßt die Regierung über beträchtliche Streitkräfte und ist entschlossen, die Ordnung aufrecht zu erhalten.“

Die Reichsschuld wuchs von 16 300 000 M. in 1876 auf 440 000 000 M. im Jahre 1886, betrug im Jahre 1896 2 125 255 100 M. Im Jahre 1897 bezifferte sie sich auf

2 141 241 300 M.

Die letzte Denkschrift über die Anleihegesetze zeigt, daß das Schuldkapital des Reiches am 1. April 1897 sich auf 2 141 242 300 M. belief. Die Regierungen besaßen am 1. April 1897 aber noch 200 Millionen aus der

Vergangenheit zur Realisirung von 50 743 727 Mark mittels Begebung von Schulobligationen.

Vom 1. April 1897 bis zum 1. November 1897 sind noch weiterhin 10 660 500 M. Schulobligationen begeben worden, so daß sich am 1. November 1897 das Schuldkapital des Reiches belief auf

2 151 902 800 M.

Der neue Reichshaushaltsetats für 1898/99 balancirt wiederum nur durch einen Anleihecredit von 55 629 991 Mark. Im günstigsten Falle würde sich der Schuldenstand des Reiches vom 1. November 1897 bis zum 1. April 1899 um 100 Millionen steigern, also auf

2251 Millionen Mark.

Was kümmert das aber die Wasserpatrioten?

Flottenplan und Handel. Den Wasserpatrioten ist kein Mittel zu schlecht, um die Verstärkung der Marine als notwendig erscheinen zu lassen. Sie malen dem Philister aus, wie gräßlich das Loos der deutschen Handelsflotte in einem etwa ausbrechenden Seekriege sei: die deutschen Schiffe seien natürlich mit Mann und Maus den Feinden preisgegeben und auch nicht ein einziges vermöge den feindlichen Kreuzern zu entgehen. Darum also: her mit einer größeren Flotte!

Die nächstern Betrachtung der Dinge lehrt aber etwas anderes!

Das Flottengesetz bezweckt in der Hauptsache gar nicht, wie man der Handelswelt lange Zeit hindurch vorge stellt hat, eine Verstärkung der Auslandsflotte zum Schutz des Seehandels, sondern vielmehr eine außerordentliche Verstärkung der sogenannten heimischen Schiffsflotte, das heißt derjenigen Flotte, die in Friedenszeiten lediglich in der Ostsee und in der Nordsee zu kreuzen bestimmt ist.

Die Hamburger Handelskammer hat auf Antrag der Herren Voermann bei dem Präsidium des Handelstages den Antrag gestellt, eine Generalversammlung zu berufen, um eine Resolution zu Gunsten der Marinevorlage zu fassen. Von den Ausschussmitgliedern, denen der Vorschlag zur Begutachtung mitgeteilt ist, haben die Aeltesten der Kaufmannschaft zu Berlin sich einmütig gegen die Berufung des Handelstages zu einem solchen Zweck ausgesprochen. Es ist auch nicht unwahrscheinlich, daß eine Reihe von Kammergenossen eine derartige Agitation durch Austritt protestirt. An dem Schicksal der Marinevorlage ändert auch eine Kundgebung des Handelstages nichts. Um so weniger aber hat diese Institution Ursache, sich von dem bekannten Großkaufmann Voermann-Hamburg zur Agitation für Sonderzwecke brauchen zu lassen.

Für solche Dienste zur Beschränkung der parlamentarischen Rechte, so schreibt die „Freis. Btg.“, hat sich der Ehrbare Kaufmann in Hamburg immer bereit gezeigt. Wir erinnern daran, wie schon Oslern 1874 derselbe Ehrbare Kaufmann für ein Militärgesetz sich begeisterte, welches nicht nur das Septennat, sondern das Aeternat in Bezug auf die Friedenspräsenzstärke einführen wollte.

Ein Vergleich des Militärstrafprozessordnungs-Entwurfs mit den in Bayern für das militärische Gerichtsverfahren bestehenden Vorschriften liefert der „Münchener Post“ den eklatantesten Beweis, daß der reichsgesetzliche Entwurf eine wesentliche Verschlechterung des bisher in Bayern üblichen Militär-Strafverfahrens bringen würde, für die wohl keine der politischen Parteien Bayerns die Verantwortung übernehmen könnte, ohne sich mit dem ausdrücklichen Willen des gesammten bayerischen Volkes in den offenkundigsten Widerspruch zu setzen.

Unser Münchener Parteiorgan kommt deshalb zu dem Schluß: „Die Vorlage der Reichsregierung entspricht in keiner Weise dem vom Fürsten Hohenlohe abgegebenen feierlichen Versprechen im Reichstage. Sie ist namentlich für jeden bayerischen Abgeordneten ohne Unterschied der Partei durchaus unannehmbar. Sie steht zu der vom bayerischen Landtag wiederholt einmütig ausgesprochenen Meinung in so kräftigem Widerspruch, daß sie unmöglich im Einverständnis mit der Vertretung der bayerischen Regierung im Bundesrathe kann zu Stande gekommen sein. Der bayerische Landtag hat alle Ursache, von der Regierung klare und bündige Auskunft zu fordern.“

„Merks Preußen — und Lübeck“. Aus Amsterdambam wird der „Frankf. Btg.“ von ihrem K-Korrespondenten berichtet:

„Das erstmalige Auftreten einer sozialdemokratischen Partei im niederländischen Parlament hat, weit entfernt den bisher dort herrschenden gestillten Ton zu verdrängen, vielmehr eine ganz wohlthuende Frische in die Verhandlungen gebracht. War das Verhalten der bürgerlichen Presse und der bürgerlichen Abgeordneten gegenüber der neuen Gruppe schon ein recht anerkennenswerthes und eines parlamentarischen Staates würdiges, so darf die gestrige Rede des Ministerpräsidenten Pierlon bei Gelegenheit der Budgetberatung beinahe eine geschichtliche Bedeutung beanspruchen, denn ein Ton, wie der von ihm angeschlagene ist von einer Ministerbank aus gegenüber den Sozialdemokraten wohl bisher noch niemals gehört worden. Herr Ministerpräsident Pierlon wies darauf hin, daß durch die Art, wie sie die Armut beutelt, Sozialisten und Nichtsozialisten sich von einander unterscheiden. Beide Parteien beklagten das Vorhandensein der Armut, während aber die eine nur eine Milderung für möglich halte, erwarte die andere ganz bestimmt eine Heilung. Während die bürgerlichen Klassen ein Nichts annehmen, sei die Sozialdemokratie von einem Nichts wollen dieser Klassen überzeugt. Werfe er sich aber in diese Auffassung, so könne er die Selbstbeherrschung dieser Männer und die Mäßigung, mit der sie aufgetreten seien, gar nicht genug würdigen und er freue sich ihrer Anwesenheit, damit sie immer wieder auf den Pauperismus hinweisen könnten und

eine fortwährende Anregung seien, auf daß zu dessen Bekämpfung alles nur irgendwie Durchführbare geschehe. Hier sieht man, wie die tiefe sozialpolitische Bildung des Nationalökonomischen Perion dem Minister Pierlon zu Rathe kommt, und es ist zu hoffen, daß den Worten des neuen Ministers nun auch die That entsprechen möge.“

Wir sind — durch manche böse Erfahrung gewarnt — die Lezten, welche einer derartigen Kundgebung allzu großes Gewicht beilegen, eins aber möchten wir konstatiren: daß in Preußen-Deutschland eine derartige Sprache vom Regierungstische eine einfache natürliche Unmöglichkeit ist. Von ihr träumen höchstens nationalsoziale Schwärmer. Holland ist scheinbar noch ein „wildes“ Land — sonst hätte den Pierlon längst ein gewisser Jemand geholt!

Mit neuen Klagen über die Wäckeri-Verordnung hat sich der Vorstand des Central-Verbandes der Wäckerinnungen „Germania“ an eine Anzahl Reichstagsabgeordneter gewendet. Es wird darin gemurmelt:

„Wie am Ausgange des Jahres 1896 werden auch jetzt wieder Erhebungen über die Wirkungen des Maximalarbeitsgesetzes angestellt, deren Ergebnis sich nicht wesentlich von dem ihrer Vorgänger unterscheiden kann, weil die damit betrauten Beamten, deren Objektivität wir durchaus nicht bezweifeln, mangels geeigneter Vorbildung außer Stande sind, die eigenartigen Verhältnisse im Wäckeribetriebe richtig beurtheilen zu können; sie werden sich nur aus den Aussagen der befragten Meister und Gesellen informieren können, und da die Ersteren sich nicht selbst beizichtigen, die Letzteren die gute Arbeitsgelegenheit nicht werden verlieren wollen, müssen die Beamten unter allen Umständen ein falsches Bild von den Wirkungen des Maximalarbeitsgesetzes gewinnen. Der Wahrnehmung der Beamten aber gänzlich entziehen wird sich die zunehmende Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Meister und Gesellen. Während der Meister außer Stande, den Fortgang der Arbeit ununterbrochen zu überwachen, sich stündlich der Strafverfolgung ausgesetzt sieht, weil durch Pässigkeit oder Unwilligkeit eines seiner Gesellen leicht eine Ueberschreitung der Arbeitszeit, ohne daß der Dolus nachzuweisen ist, herbeigeführt werden kann, fühlt der Geselle sich angereizt, die ihm in die Hände gegebene Macht über seinen Meister zu mißbrauchen. Auf diese Weise haben sich aus dem Mißtrauen und der Verbitterung auf der einen Seite und dem Uebermuth auf der anderen Seite höchst unerfreuliche Zustände, besonders in den größeren Städten entwickelt; und wir übertreiben nicht, wenn wir behaupten, daß die Lust, den Meister mit oder ohne Grund zu denunziren in Berlin bereits zu einer Art Sport ausgeartet ist, dessen Beförderung nicht weniger als drei Bureaus vermitteln. Ebenso unmerkbar für die Beamten vollzieht sich das Eingehen vieler Kleinbetriebe und die damit verbundene Vernichtung bisheriger, wenn auch nur bescheidener Existenzen, welches durch die nicht zu überwindende Konkurrenz derjenigen Betriebe, die Schichtwechsel eingeführt haben und daher frisches Gebäck zu jeder Tagesstunde dem Publikum bieten können, langsam aber sicher herbeigeführt wird.“

Während hier also, unter Neuaufrichtung der alten, hundert Mal widerlegten Einwände geklagt wird, daß die Beamten, welche die Enquete vornehmen, die Wäcker-verhältnisse nicht richtig beurtheilen können, kommt von anderer Seite die Nachricht, daß die Wäckermeister die Enquete in tendenziöser Weise zu beeinflussen bemüht sind. Wir verweisen diesbezüglich auf den lokalen Theil unseres Blattes.

Die Reichstagswahl für den verstorbenen Professor v. Marquardsen im Wahlkreise Homburg (Pfalz) Kusel ist auf den 26. Januar n. J. anberaumt worden.

Die amtliche Auszählung der bei der Reichstagswahl in Nürnberg abgegebenen Stimmen ergab folgendes Resultat: Abgegeben wurden insgesammt 34 386 Stimmen von 50 565 Wahlberechtigten. Auf die Candidaten der einzelnen Parteien entfielen: Dertel (Sozialdemokrat) 20 173, Barbeck (freis.-nationallib.) 11 550, Heigl (Volksp.) 959, Deibel (Conservativ) 849, Dr. Heim (Ultramontan) 634, Collichan (Wauernbund) 102 Stimmen. Ungültig waren 104 Stimmen, 15 Stimmen zerstückelten sich auf etwa ein Duzend verschiedene Candidaten.

Landtagswahl in Nürnberg. Bei der Wahl eines Abgeordneten zum Landtage für den Wahlkreis Nürnberg-Altendorf wurden 254 Stimmzettel abgegeben. Auf Genossen Martin Segitz, Arbeitersekretär, fielen 136 Stimmen, derselbe ist somit gewählt.

Gemeindevahlen in Stuttgart. Bei den am Sonnabend vollzogenen Wahlen zum Stuttgarter Gemeinderath, bei denen zwei unserer Candidaten, die Genossen Kloss und Dietrich, auch auf der Liste der Volksparteiler standen, wurde Kloss mit 4611, Dietrich mit 4376 Stimmen, außerdem vier Volksparteiler und zwei Nationalliberale (deutsche Partei) gewählt. Unsere weiteren Candidaten erhielten 1810, also 388 Stimmen mehr wie im Jahre 1896. Die Candidaten der süddeutschen Volkspartei erhielten, soweit sie bloß von dieser Partei unterstützt wurden, 1030 gegenüber 931 Stimmen im Jahre 1896. Einen Rückgang hatten die Nationalliberalen zu verzeichnen, die von 1572 auf 677 Stimmen sanken. — „Stillstand der Sozialdemokraten“ nennen das gewisse Leute.

Im württembergischen Landtag wurde die Generaldebatte über den Gesekentwurf, betreffend die Verfassungszurückbildung, nach viertägiger Dauer geschlossen. Konrad Kaufmann bezeichnete die Rede unseres Genossen Kloss als die bemerkenswertheste, die gehalten worden sei. Kloss hatte namentlich, das sei noch nachgetragen, der im Landtag oft ge-

Hörten Redensart, daß „er ja ein ganz anständiger und gemäßigter Sozialdemokrat sei, aber wenn einmal die gefährlichere Sorte im Landtag einziehe, dann drohe dem Staat Gefahr“, die Spitze abgebrochen. Er erklärte, sobald die württembergische Regierung die Mittel gegen unsere Partei anwende wie die sächsische oder die preussische, so würde auch er einen andern Ton anschlagen. Seine Haltung komme also ganz auf die Haltung der Regierung und auf die Haltung der Parteien ihm gegenüber an. Auch die sogenannten „Schäferin“ Genossen würden im Landtag bei dem bisherigen Verhalten der Regierung und der Parteien keinen Anlaß gehabt haben, die Mittel anzuwenden, die in Sachsen notwendig seien! — Der Konservative Schreyer hielt eine Rede für das allgemeine Wahlrecht, auch ein Kuriosum, daß in Sachsen und Preußen nicht passiert.

Der Berichterstatter Fr. Hausmann faßte nach interessanter Aussprache das Ergebnis der Debatte zusammen. Die Beratungen haben ergeben, daß es einmal auf die Haltung der deutschen Partei zur ganzen Reform und dann auf die Stellung der Regierung und der Ersten Kammer zum Budgetrecht ankommt, ob die Revision zu Stande kommt oder nicht.

Zufuhr billigen Fleisches nach Oberschlesien und Sachsen. Dank der Bemühungen der Agrarier ist die deutsche Ost- und Südgrenze für die Vieheinfuhr gesperrt. Von der Fleischnoth in Oberschlesien haben wir wiederholt berichtet. Auch für die Fabrikbevölkerung Sachsens machte sich der Fleischmangel oft preissteigernd bemerkbar. Da wird die Nachricht mit großer Genugthuung aufgenommen werden, daß eine Reihe deutscher Großhändler sich veranlaßt haben, in Ungarn und Serbien ausgedehnte Schlachthäuser zu errichten. Die Anlagen sind allerdings mit großen Kosten verbunden, versprechen aber jedenfalls einen regelrechten und wirksamen Fleischimport für den Fall, daß die Agrarier nicht abermals Mittel und Wege finden, auch dieser Konkurrenz irgendwie ein Bein zu stellen. Wie großartig die Versorgung des deutschen Marktes mit frischem Fleisch gedacht ist, dürfte daraus hervorgehen, daß im Falle des Gelingens der Versuche in Ungarn und Serbien auch in Dänemark sobald als möglich ähnliche Establishments errichtet werden sollen. So bitter diese Nachricht für unsere Agrarier klingen mag, so lebhaft wird sie von der Arbeiterbevölkerung im Interesse einer Verbilligung der Ernährung begrüßt werden.

Holland.

Die Sozialdemokraten im Parlament. Die Sozialdemokraten im holländischen Parlament haben ihr Wort begonnen mit einem Antrag zum Atjehkriege, der seit 1873 die finanziellen Kräfte der ostindischen Besitzungen erschöpft und nahe an 200 000 Menschenleben gekostet hat, ohne daß bis jetzt auch nur eine Aussicht auf baldige Beendigung vorhanden wäre.

Genosse Van Kol hat nachgewiesen, daß der Anfang dieses Krieges eine ganz ungerechtfertigte That war, die man damit zu vertheidigen versucht hat, daß die Atjeher Seeräuber wären. Aber im Jahre 1896 kamen in dem Gebiete unserer Kolonien sechs Fälle von Seeraub vor; was würden wir sagen, wenn deshalb die Engländer in unsere Kolonien eingerückt wären? Van Kol protestierte energisch dagegen, daß die niederländische Regierung und Kammer, die den Krieg angingen und gutließen, das dafür nöthige Geld den indischen Finanzen entnehmen. Die ausgebeuteten Javanen bezahlen die Kosten, damit die Atjeher unter dasselbe Joch kommen, unter dem sie selber schmachten.

Die Regierung hat auf die Reden unserer Freunde mit einigen patriotischen Phrasen und mit der Mittheilung geantwortet, die nicht neu war — denn Genosse Troelstra hatte sie schon gethan — daß nämlich Atjeh erobert werden müsse, um die durch Holländer gegründeten Unternehmungen auf Sumatra zu sichern. Die kapitalistischen Interessen zu wahren, dafür führt man Krieg.

Die Kammer verwarf den Antrag Van Kol mit 73 gegen 3 Stimmen!

Lübeck und Nachbargebiete.

8. Dezember.

Aus dem Handbuche für Lübecker Reichstagswähler. Aus Berlin wird gemeldet:

Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei hielt Montag unter Vorsitz des Herrn Abg. Sobrecht im Reichstags-Gebäude eine Sitzung ab, die im Wesentlichen sich mit Wahlvorbereitungen beschäftigte. Die „Nationalliberale Korrespondenz“ meldet weiter: „Die am vorausgegangenen Tage von der Reichstags-Fraktion einmüthig beschlossene Haltung zur Marinevorlage entspricht, wie von allen Seiten bestätigt wurde, durchaus der Stimmung und den Erwartungen der Partei im Lande und wurde mit lebhafter Genugthuung zur Kenntniß genommen. Zum Abschluß der hierüber gepflogenen Erörterung wurde einstimmig folgende Kundgebung beschlossen: Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei begrüßt den Gesetzesentwurf zum Zwecke der angemessenen Verstärkung unseres Flottenbestandes und der dauernden Sicherstellung einer schlagfertigen Kriegsflotte als eine im Interesse des Reiches dringend gebotene Maßregel.“

Wähler Lübecks: Werdet ihr den Werth eures Stimmzettels am entscheidenden Tage zu würdigen wissen?

Der Fall Altgenau, den wir am Montag unsern Lesern vorführten, wird — so schreibt die „Leipz. Volkszeitung“ — vielleicht im Reichstage zu einer Interpellation Veranlassung geben. Vermuthlich denkt man dann auch der freien und Hansestadt Lübeck.

Werde im Lande und nähere dich redlich, möchten wir dem Amtsblatt zurufen, welches aus Belgien ein „erbauliches Beispiel sozialdemokratischer Mißwirtschaft“ vermeldet. Das Nest, wo die Geschichte passiert sein soll, heißt Enival — ein Flecken von etwa 6500 Einwohnern — und der Attentäter ist ein sozialdemokratischer Gemeinderath, welcher einen Beamten schiefel behandelt haben soll. An diesen Geschichten ist gewöhnlich ebensoviel Wahres, wie an denen, welche der selige Münchhausen aufzutischen pflegte, auch die vorliegende dürfte eine spät aufplatternde Ente aus der Sauregurkenzeit sein. Doch — ob wahr oder unwahr — weshalb legt das national-liberale Blatt nicht hübsch vor der eigenen Thüre? Wir empfehlen der Redaktion einmal einen Blick in das bei Gebrüder Borchers gedruckte Budget der Freien und Hansestadt Lübeck für 1897/98 zu werfen. Da wird sie z. B. Beamtengehälter von 1000 Mark finden, d. h. etwa 53 Mark monatlich, von 1100 Mark, d. h. etwa 92 Mark monatlich u. s. w. Kann denn das reiche Lübeck, in dessen Parlament und höheren Verwaltungsstellen allerdings kein Sozialdemokrat zu finden ist, mit solchen Mißsummen etwa großsprahlen? Oder macht es etwa einen besonders vorteilhaften Eindruck, wenn alle Augenblicke in der Presse, auch im Amtsblatt Beamte die Erhöhung ihrer Gehälter befristeten.

Bäckereiverordnungen. Aus München wird der „Frankf. Ztg.“ geschrieben:

Ein nichts weniger als sonntags Verfahren hat die Bäckerei in München eingeschlagen, um Material gegen die Bäckerei-Verordnung zu bekommen. In einem vom Monat November 1897 datirten Birkulare ersucht die Vorstandschaft der Junung die Bäckereimeister, einen Fragebogen auszufüllen, und giebt, „um ihnen die Arbeit zu erleichtern“ eine Reihe „Beispiele“ von Beantwortungen, aus welchen hier einige wiedergegeben seien. Die Bäckereimeister sollen schreiben:

„Seit Einführung dieser Verordnung muß meine Waage viel mehr Arbeit leisten und ich ihren Lohn bedeutend erhöhen, weil der Beleg der Arbeit innerhalb der gesetzlichen Zeit nicht mehr verrichten kann.“

Seit Einführung der Verordnung sind meine Gehältn viel mehr im Wirthshaus als früher, weil dieselben bei mir keine Kost mehr erhalten. Zufolge dessen kommen sie meistens erst zu Beginn der Arbeitszeit nach Hause und machen schlechte, gleichgültige und nachlässige Arbeit, was meinem Geschäfte vielen Schaden bringt.“

Durch diese Verordnung habe ich einen größeren Wechsel unter meinen Gehältn zu verzeichnen wie früher, weil ihr ganzes Trachten nur dahin geht, schnellstens fertig zu sein; sie denken nicht mehr bei der Arbeit, erwerben sich demnach auch keine richtigen Kenntnisse mehr und werden schlechte Arbeiter, was wiederum der Welker schaden und empfinden muß.“

Den Bäckereimeister wird noch die tröstliche Versicherung abgegeben: „Sie haben durch diese Beantwortung nicht im Geringsten etwas zu verlieren, da die Namen nicht genannt und nicht veröffentlicht werden.“

Es versteht sich von selbst, daß eine unter solchen Umständen vorgenommene Enquete nicht den geringsten Werth hat.

Die Bäckereimeister gehören zu denjenigen Leuten, die erst durch Schaden klug werden. Selbst durchaus nicht auf Rosen gebettet, sind sie die fanatischsten Gegner jeder vorwärts zielenden Bewegung der Lohnarbeiter ihres Gewerbes. Das wird sich noch einmal an ihnen rächen, ohne Zuthun fremder Personen. Der Großbetrieb lauert schon auf sie, wie in der Parabel der Drache in des Mannens Tiefe auf den Mann aus dem Syrenland, und sie selbst nagen wie die Mäuse in jener Fabel den dünnen Faden ab, welcher sie noch hält: die Unterstützung der großen Masse des Volkes. Von ihnen gilt das alte Dichterwort: Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.

Wie nennt man solche Schiffe? Laut Meldung aus Karlskrona weigern sich die Mannschaften der dort havarirt eingelaufenen Segler „Julius Tade“ und „Lady“ die Reise nach Lübeck mit den beiden Schiffen fortzusetzen, weil nach ihrer Ansicht die alten Fahrzeuge, die noch außerdem sehr leck sind, die Fahrt bei dem jetzt herrschenden Wetter nicht ohne großes Mißkalkül unternehmen können. Es ist bezeichnend, daß erst durch Gehorsamerweigerung die Seeleute verhindern können, daß ihr Leben solchen Fahrzeugen anvertraut wird. Wie erbärmlich müssen jene „Schiffe“ titulirten Kästen aussehen, wenn schon der vielgeduldige Ostseefahrer ihnen nicht mehr traut!

Aus dem Dienstbotenleben. Obwohl in den vom Lübeckischen Staate ausgegebenen Dienstbüchern ausdrücklich vermerkt ist, daß Eintragungen, welche den Inhabern im Fortkommen hinderlich sein können, unzulässig sind und Zuwiderhandlungen bestraft werden, schrieb der Hofner und Gemeindevorsteher (!) Beckhoff zu Hamberge dem bei ihm thätig gewesenem 14jährigen Mädchen Elise Sch. in ihr Buch, daß sie den Dienst „ohne triftige Gründe“ verlassen habe. Er wird wohl dafür sorgen müssen, daß diese Unzulässigkeit beseitigt wird.

Stechbrieflich verfolgt wird seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft der frühere Berichterstatter des „Gen.-Anz.“ Neumann. N. wird des Vergehens wider die Sittlichkeit beschuldigt und hat sich, als die Sache rufbar wurde, aus dem Staube gemacht. Es handelt sich um intimen Verkehr mit einem noch nicht 16 Jahre alten Mädchen, dessen Vormund Strafantrag gestellt hat.

Holzverkauf im Cronsforder Forstreviere, Forstort Lehmjöhren-Pflanzungen und Rannenbruch, am Donnerstag den 16. Dezember d. J., Nachmittags 2 1/2 Uhr, beim Gastwirth Stapelfeldt in Cronsförde: 106 Stück enthornte Eichen-Ruphölzer (Bohlen und Bauhölzer, Stellmacherholz u.), 5 Cav. enthorntes Eichen-Pfahlholz, 212 Rmtr. enthornte Eichen-Klufft und Knüppel, 20 Stf. diverses Buschholz.

In das Handelsregister ist am 8. Dezember 1897 eingetragen: auf Blatt 1866 bei der Firma „Chemische Fabrik Retels u. Diederichs“: Der Gesellschafter Kaufmann Hugo Hermann Christian Retels ist ausgetreten. Die offene Handelsgesellschaft ist aufgelöst. Das Geschäft mit der Firma ist auf den Gesellschafter Apotheker Gottfried Wilhelm August Dierling als alleinigen Inhaber übergegangen; auf Blatt 1948 bei der Firma „Bloedorn u. Co.“: Der Apotheker Gottfried Friedrich Wilhelm August Dierling ist als Gesellschafter ausgetreten.

Vom Toge. Untersuchung ist eingeleitet gegen einen der Unterschlagung beschuldigten Arbeiter. — Eine Kugel wollte sich Montag Abend ein Schneider ins Herz jagen, aus Liebesgram, traf jedoch die rechte Stelle nicht. Er wurde in das Krankenhaus geschafft.

Verichtigung. In der Wahlfonds-Quittung in der gestrigen Nummer soll es nicht heißen „von den Fabrikarbeitern“ sondern „von den Tabakarbeitern“ 20 Mk.

Kein Selbstmord. Der vor einigen Tagen als Leiche aus dem Mühlenteiche gezogene junge Mann ist, wie uns von beteiligter Seite versichert wird, nicht freiwillig in den Tod gegangen. Dazu hat nicht der mindeste Anlaß vorgelegen, da er in den denkbar geordnetsten Verhältnissen lebte. Er kann nur das Opfer eines allerdings bisher schwer erklärlichen Unfalles geworden sein. Um den Todten trauert eine durch manche Schicksalschläge schwer-betroffene Mutter.

Selmsdorf. Troß alle dem! Der Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen gewinnt hier erfreulicher Weise an Ausbreitung, obwohl bekanntlich die mecklenburgische Regierung das Abhalten einer Versammlung verboten hat. Das Koalitionsrecht ist eben da, und die Arbeiter machen Gebrauch davon. Der Verband hat hier seine Mitgliederzahl bereits auf 31 gesteigert, ein weiterer Zuwachs dürfte zu erwarten sein, da die Arbeiter mehr und mehr zu der Einsicht gelangen, daß nur vereinte Kräfte zum Ziele führen. Wir wünschen unsern eifrigen Freunden viel Glück bei ihren Bestrebungen!

Seeretz. Wie ein Arbeiter zu einer niedrigen Unfallrente kommen kann, während er eine bedeutend höhere billiger Weise beanspruchen könnte, beweist nachstehender Fall: Der Schachtarbeiter Stricker war früher auf dem Bahnhof Waldhufen der Lübeck-Wüchener Eisenbahn beschäftigt. Am 10. August 1898 wurde er vom Vorsteher — so behauptet er — zur Arbeit bei dem Landmann Rasch in Klänitz beordert und verunglückte dort Abends an der Dreschmaschine. Er ist, da ihm ein Bein amputirt werden mußte, Krüppel geworden und bezieht sonach Unfallrente für völlige Erwerbsunfähigkeit. Diese Rente ist aber nicht bemessen nach dem Verdienst, welchen er bei der Bahn hatte, — 918,50 Mark p. a. — sondern nach dem für landwirthschaftliche Betriebe festgelegten Satz von 540 Mark. Str. bezieht demnach nur 360 Mk. jährlich gleich 30 Mk. monatlich. Der Zufall, welcher ihn nicht bei seiner gewöhnlichen Arbeit zu Schaden kommen ließ, kostet ihn also jährlich reichlich 252,30 Mk. Wieder ein Beleg, wie reformbedürftig unsere Arbeiterschutzgesetzgebung noch ist!

Hamburg. Zum Falle Hoche. Es wird erinnerlich sein, daß vor einem halben Jahre in der Hamburger Bürgerschaft von der Tribüne herab schwere Vorwürfe erhoben wurden gegen den ersten Schulrath Prof. Dr. Hoche in Hamburg, den Mann, der „nur Luft über sich“ hat. Die Antwort auf ein Auskunftsersuchen fiel sehr verblüffend aus, da die Rechtfertigung, die die Oberschulbehörde brachte, offenbar vom „Angeklagten“ selbst herrührte. Das veranlaßte die Bürgerschaft zur Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Angelegenheit und des amtlichen Bescheides. Gestern wurde nach dem „Besinden“ dieses Ausschusses eine Anfrage von der linken Seite gestellt, und die Antwort? Abermals ein sehr hartes Stück! Der Ausschuss hat seit zweiwöchentlich Wochen nicht berathen. Erstens, weil es 10 Wochen Ferien gab, zweitens, weil der Umzug in's neue Rathhaus dazwischen kam, drittens, weil die Juristen des Ausschusses die Vorträge des Prof. Zitelmann über das neue Bürgerliche Gesetzbuch hätten hören müssen. Nun kommt das Größte: der Senat hat aus „prinzipiellen Gründen“ die Herausgabe von Akten abgelehnt und das Erscheinen zweier vom Ausschuss zu vernehmenden Lehrer einfach untersagt! — Die Folge dieser trübsamen Antworten wird die sein, daß die Sache demnächst noch-mals im Plenum eine Beleuchtungsprobe unterzogen wird. — Hamburg ist eben auch Republik!

Wißter. Der „Kieler Ztg.“ wird von hier berichtet: Hier tagte am 2. ds. Mts. eine Versammlung von Vertretenen männern der beiden freisinnigen Wahlkreisen des 5. schleswig-holsteinischen Wahlkreises, die von ca. 60 Herren aus allen Theilen desselben besucht war und durch Kriegesmann-Marne geleitet wurde. Nach dem Antrage des Hofbesitzer Wöllner in Friedrichsgabekog wurde folgende Resolution angenommen: „Die heutige Vertrauensmänner-Versammlung der beiden freisinnigen Richtungen empfiehlt für den 5., 7., 8. und 10. schleswig-holsteinischen Wahlkreis die Begünstigung eines Kandidaten der freisinnigen Vereinigung und für den 4., 6., 2. und 9. Wahlkreis die Unterstützung der Kandidaten für die freisinnige Volkspartei, und ersucht die Parteileitungen zu Berlin und Kiel, in diesem Sinne wirken zu wollen.“ — Abschluß wurde für die freisinnigen Parteien des fünften Wahlkreises die Kandidatur des Hofbesitzer Thomsen-Jennhusen vorgeschlagen und einstimmig unter der Bedingung nominirt, daß obige Resolution auch in den übrigen schleswig-holsteinischen

Wahlkreisen angenommen wird. — Das Todesurtheil der „Freisinnigen“ ist in Schleswig-Holstein schon längst geschrieben.

Stadttheater. Es bleibt ein unvergängliches Verbleist Postkarte, des Wächener Hoftheater-Intendanten, daß er mit dem alten Schiedman brechend, die herrlichen Werke Mozart's zu neuem Leben erweckt hat. Das Mittel dazu war eigentlich das allernehmlichste. Es hieß, die Werke ebenso aufzuführen, wie zu Mozart's Zeiten. Da wurde vor Allem der Dialog vernünftig eingerichtet, von all den albernen Wigen befreit, die mit der Zeit sich eingenistet hatten. Der Lustspielton wurde durchweg festgehalten, das Orchester auf das Maas reduziert, für welches eben Mozart seine zarte, klare, stets durchsichtige Musik geschrieben hat. So kam eine Aufführung zu Stande, die alle Hörer begeisterte. — Genau nach diesem Muster, mit Benutzung der Münchener Einrichtung, wird die morgige Aufführung von „Aglar o's Hochzeit“ hier stattfinden, und dürfte diese Oper als Anknüpfung zwischen Wagner's Musikdramen recht viele Zuhörer finden. Freitag wird Wagner's „Arlingold“ und zwar als 1. Vorstellung im Sonder-Abonnement gegeben, zu welchem das Bureau des Stadttheaters Abonnementkarten, die bei ermäßigten Preisen zum Besuche dieser Vorstellung und der Aufführung von „Arlingold“ am Sonntag berechneten, noch bis Donnerstag Abends ausgiebt, von welchem Zeitpunkt an dann nur noch die vollen Klassenpreise gelten.

Lübecker Stadttheater.

„Die Haubenlerche.“ Schauspiel in 4 Akten von Ernst von Wildenbruch. Letztes Schauspiel der Hoftheaterleiterin Fräulein Heinsdorf vom Schauspielhaus in Berlin. Wenn Wildenbruch in Ritterchauspielen macht, so kehrt er immer seinen Mann, doch hier, wo er ein Stück Leben der Gegenwart schildern will, ein Stück soziales Leben, da trifft er mit der Zeichnung seiner Charaktere sehr häufig weit bei der Wirklichkeit vorbei. So auf der Welt giebt es wohl einen Mann, wie den Fabrikbesitzer „August“, der, obgleich selbst reich, in jedem reichen Menschen, der nicht arbeitet, nur einen überflüssigen Gegenstand auf der Erde sieht, in jedem Arbeiter aber einen von Natur eben Menschen, der nie von den „Herren“ nicht verstanden wird. Alles an Herrn „August“ ist ideal aufgehäuft. Seine Liebe zu der Tochter einer armen Arbeiterin, die ebenfalls Arbeiterin ist, wird durch die vielen über-

schwenglichen Neben, welche er im Munde führt, für einen nicht-tern denkenden Menschen auch nicht glaubhafter, wenn er am Schluß aus großer Selbstlosigkeit die arme „Haubenlerche“, wie die junge Arbeiterin sonst immer wegen ihres frühlichen Gelanges genannt wurde, mit ihrem früheren Bräutigam zusammenschließt und dann anderswo (man ahnt es schon wo) Trost sucht und auch wohl findet. Nach seinem Gebahren im zweiten und dritten Akt müßte er sich jedoch unbedingt mindestens das Leben nehmen, als er sich verabschiedet. Aber nein! Der Dichter zieht den Ver- schlingungsackel vor. Die „Haubenlerche“ selbst ist ein Muster von Anstand und Keuschheit. So etwas muß man gesehen haben, um auch darüber klagen zu können. Trotzdem sie weiß, wie sie selbst sagt, was der Bruder des Fabrikbesizers (ein junger Nichtsnuth, benannt Herrmann) von ihr will, begiebt sie sich am Witternacht auf das Zimmer desselben, nur um von „Herrn August“ los zu kommen. Ihre Jugend leidet dadurch keinen Schaden. „Mir ist manches schon passiert, aber so etwas noch nicht.“ Mit dem „Herrmann“ hat der Autor wohl eher das Mithige getroffen, denn Progen, die Arbeiterinnen, welche für sie das Geld verdienen, betrachten als wären sie nur zur Befriedigung ihrer Gier auf der Welt, giebt es heutzutage leider genug. Die Wahnwache dieser Tragikomödie ist recht wirksam, und gut gespielt, wird auch der Erfolg, allerdings nur ein äußerlicher, nicht ausbleiben. Unsere wackere Künstlerin war im Verein mit dem Gaste künftigher Aufgabe zur Zufriedenheit der nicht übermäßig großen Besucherzahl anzusehen. In Fel. Heinsdorf's letzten vier Jahre kennen wir es nicht, durch welches, narkotisches Spiel und das Treiben warmer Herzensteine sich in das Herz der Zuschauer einprägen. Wenn es jemand versteht, die „Haubenlerche“ einzugemachen der Wirklichkeit anzupassen, so ist es Fel. Heinsdorf, welche auch durch Blumenpende und wohlverdienten Beifall belohnt wurde. Wider alles Erwarten gut wurde der junge Don Juan Herrmann von Herrn K. B. S. in baggestell. Wenn auch etwas zu jugendlich in Masse, gab er doch den gewissenhaften Verführer mit verblüffender Wirksamkeit. Den sentimentalen August suchte Herr B. S. so glaubwürdig als möglich zu gestalten. Eine echte Volkstheater war die Mutter der „Haubenlerche“ (Frau Bach). Den Lumbenfaktor alle brachte Herr K. u. z., welcher allerdings immer derselbe ist, recht wirkungsvoll zur Geltung. Nimmlich war auch Fel. S. i. a. r. k. als Julia. Das Fehlen der Zwischenakts Musik, der jedenfalls verheerend veripätere Anfang des Stückes, trug gerade nicht zur Erhöhung des Genusses des Abends bei.

Briefkasten.
Hier Streitende. Ihr aus Lübeck gebürtiger Kollege hat — möge er uns das nicht übelnehmen! — in der Schul- offenbar sehr schlecht aufgepaßt, sonst würde er wissen, daß die Trave bei Gieselerade (Amt Ahrensböde) entspringt, und daß u. N. D. desloe an der Trave liegt.
Genosse B., Elbwigstr. 1) Regierungsbaumeister Demmler wurde am 10. Januar 1877 von dem jetzt durch Meyer vertretenen Wahlkreise Leipzig-Land als Sozialdemokrat in den Reichstag gewählt. — 2) Unter Standrecht besteht man ein Ausnahme-Gericht bei Unterdrückung von Empörungen und inneren Unruhen, dessen Urtheile der in einem Orte anwesende oberste (militärische) Befehlshaber sofort bestätigten und vollziehen lassen kann.

Sternschanz-Mehmarkt.
Hamburg, 7. Dezember
Der Schweinehandel verlief gut.
Der Kälberhandel verlief sehr gut.
Zugeführt wurden 1120 Stück. Unverkauft blieben — 27.
Preis: Beste 90—110 Mk., geringere 70—85 Mk. pr. 100 Pfd.

See-Berichte.
D. Wm. Minfos ist am 7. Dezember von Kopenhagen nach Kitzbühn weitergedampft.
D. Finland ist am 6. Dezember von Abo auf hier abgegangen.
D. Linnea, Kapl. Nyberg, ist am 7. Dezember in Hongk angelommen.
D. Elbe, Kapl. Kreitenberg, ist am 7. Dezember in Vllan angelommen.
D. Wiborg ist am 7. Dezember von Warnemünde nach Neufahrwasser abgegangen.
D. Agge ist am 7. Dezember in Goffe eingelommen.
D. Ludwig, Kapl. Förster, ist am 7. Dezember Dransbüttel passiert.
D. Gustaf Wafa ist am 7. Dezember von Karkkroia auf hier abgegangen.
D. Stadt Lübeck, Kapl. Krause, ist am 7. Dezember in Daugli angelommen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Zu vermieten zu Neujahr umständehalber eine kleine Wohnung Nr. der Manier 82.

Gesucht zum 1. April eine Wohnung in Mitte der Stadt von ruhigen Leuten. Offerten unter H S an die Exped. d. Bl.

Gesucht zu Oftern ein Lehrling bei gänzlich freier Station. Friedrich Nagel, Markt 14.

Eine tüchtige Plätterin sucht mehrere Tage in der Woche Beschäftigung Drögelstraße 9, 1. Et.

Zu verkaufen Gasarme, Lyra u. Knuppel Humboldtstraße 8.

Verloren ein silbernes Armband von Tivoli bis Banfstraße 14 a. Gegen Belohn. gest. daletst abzugeben.

ff. Margarine, Pfd. 50 u. 60 Pf. von Rositzky & Witt in Dittensen empfiehlt
W. Dreyer, Engelswisch 41.

Frische Grütz- und Brodwurst.
Georg Schmidt,
obere Fleischhauerstr. 11.

frische Rohwurst.
Georg Schmidt,
obere Fleischhauerstr. 11.

Zur Schlachtzeit
empfehle:
Nierdärme,
Gerstengröße,
sämmtlich,
Gewürze,
Essig etc.
zu billigsten Preisen.

August Vietig, Fischegrube 45.
Fernsprecher 582.

Lager
von Cigarren, Pfeifen, Spizen, Spiritosen, Korn-Brantwein, Krummesser Doppel-Kümmel, Cognac, Bittern, ff. Weine, en gros & en detail.
J. Rethwisch,
Untertrave 64.

Essig
nach alter bewährter Methode hergestellt, Gewürze zur Schlichtheit
Berger Flohmeringe,
empfiehlt

H.L. Wiegels, vorm. J.C. Bange.
Essigfabrik, Kolonialwaaren etc.

Special-Fettwaaren-Geschäft
Sandstr. 27. C. Harz Sandstr. 27.

- Gefalzene Eisbeine Pfd. 50 Pf.
- Gefalzene Carbonade Pfd. 60 Pf.
- Geräucherte Carbonade Pfd. 65 Pf.
- Geräucherte Schweinsbacken Pfd. 50 Pf.
- Geräucherte Vorderfischken Pfd. 55 Pf., nur bei ganzen Schinken.
- Feinste Meiereibutter Pfd. 1,10 Mk.
- Feinste Hofbutter Pfd. 1,05 Mk.
- Feinste Speisebutter Pfd. 95 Pf.
- Hochfeine Margarine Pfd. 50, 55 und 60 Pf.
- Prima Flohmenschmalz Pfd. 60 Pf.
- Prima Bratenschmalz Pfd. 35 und 40 Pf.

- Neue Salzgurken
- Prima Schinkenwurst Pfd. 1,20 Mk.
- Feine geräucherte Mettwurst Pfd. 0,80, 0,90 und 1,00 Mk.
- Feine Kochwurst Pfd. 80 Pf.
- Feine Erbswurst Pfd. 55 Pf.
- Prima Christiania-Anchovis Glas 65 Pf.
- Prima Anchovis, lose, Pfd. 40 Pf.
- Appetit-Sild Dose 65 Pf.
- Corned Beef im Ausschnitt Pfd. 70 Pf.
- Corned Beef in Dosen à 6 Pfd. 3,40 Mark.
- Corned Beef in Dosen à 2 Pfd. 90 Pf. und 1 Mk.

Silberstahl-Messmer (nur eigenes Fabrikat) Nr. 53.

Garantie Stempel. Klinge breit 18 mm, fein hochgeschliffen, für jeden Bart passend, 5 Jahre Garantie, nur Mk. 1,50 per Stück. Feinste Stuis mit Metalldecken und Goldbrudr 15 Pf., Scherriemen, einfache Mk. 1, doppelte Mk. 1,50. Schärsmasse dazu per Dose 40 Pf. Delabziehsteine Mk. 0,40, 1,80 u. 5. Rasirmesser von Britannia 40 Pf., Pimel 50 Pf., Dose arom. Seifenpulver für 100 maliges Rasiren 25 Pf. Nachschleifen und Abziehen alter Rasirmesser 40 Pf. bis Mk. 1. Neue Heite (Griffe) auf alte Rasirmesser 50 Pf.
Neu! Einfachstes, bestes und billigstes Sicherheits-Rasirmesser „Arone“ mit Schnurvorrichtung (gef. geschliffen), Schneiden unmdglich, per Stück Mk. 2,20. Schnurvorrichtung lose, passend für jedes Messer derselben Breite, per Stück Mk. 0,70. Sicherheits-Rasirapparat (Rasirhobel) Monopol nur 3 Mark per Stück. Versandt per Nachnahme (Nachnahmebefehl) berechnete nicht. Unanständig gestattet. Neuer Prachtcatalog unkonst und portofrei.

C. W. Engels, Foche b. Solingen.
Erstes und einziges bestrenommiertes Fabrik-Versandt-Geschäft Solinger Stahlwaaren mit Dampf- und Motorbetrieb.

Converts mit Trauerrand, Contobücher etc.
empfiehlt die
Buch- und Papierhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Sarg-Magazin
Carl Börcck.
102. Untere Fleischhauerstr. 102.
Größte Auswahl, billige Preise.

Gute Korbirnen, 2 Pfd. 15 Pf.
empfiehlt
W. Dreyer, Engelswisch 41.

Trittmaschinen!
Handmaschinen!
gebrauchte
gebe billigt ab
J. H. Reimann
Königstraße 93.

Einem Posten
Sendentuch
80 bis 82 cm breit
gut und billig
10 Mtr. 4,00 Mk., 20 Mtr. 7,80 Mk.
empfiehlt
Carl Herm. Mich. Stave
Weiter Kraumbuden 4.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde.
(arzneilose Heilweise.)
Vortrag
des Herrn Dr. med. Gans aus Hamburg
am Donnerstag den 9. Dezember Abends 8 1/2 Uhr
im großen Casinoaal.
Thema: Verdauungsorgane und Verdauungsstörungen.
Eintrittskarten sind im Vorverkauf zu 50 Pf. in der Buchhandlung des Herrn G. Weiland, Königstraße 72, an der Abendkasse zu 75 Pf. zu haben.
Vereinsmitglieder und deren Angehörige — § 8 a der Satzungen — haben freien Eintritt.

F. Pritzkow's Restaurant.
Mittwoch den 8. Dez., Abds. 8 1/2 Uhr
Berjamml. des Sparclub

St. Gertrud-Bier-Halle.
Ausspielen auf einem Ziehbillard
von fetten Gänzen, Karpfen u. Rauchfleisch
am Sonnabend den 11. Dezbr.
Ergebenst **L. Böttcher, Sandstraße 9.**

Circus Variété
Reiterkrug.
Niemand
verstänne es, sich die reizenden
Lebenden Photographien
anzusehen, dazu der brillante
sechste Cabinet-Spielplan.
Nur noch wenige Vorstellungen.

Stadt-Theater.
Donnerstag: 47. Abem. Vorst. 5. Abthl. Blau.
Die Hochzeit des Figaro
Oper in 4 Akten von W. A. Mozart.
Freitag: Außer Abonnement.
1. Abend im Sonder-Abonnement.
Kein Freitags-Abonnement.
Zum 10. Male:
Das Rheingold.
Sonntag: **Die Walküre.**
(Siehe Sonderabonnement).

Die Vorgänge in Oesterreich.

Das Ministerium Gausch ist das Ministerium des Mittelrechts. Der gegenwärtige Ministerpräsident von Oesterreich muß ein großer Dummkopf sein, wenn er nicht ein berühmter Staatsmann wird. Er hat das Standrecht über Prag verhängen dürfen, ohne daß die Jungtschechen in Opposition getreten wären. Heute scheint es, daß er auch gar nicht die Sprachenverordnungen aufzuheben braucht, um sich des Beistandes der deutschen Linken zu vergewissern. Man kann nichts anderes sagen, als daß die deutschbürgerlichen Unterhändler von ihrem Standpunkte aus sehr vernünftig vorgehen. In Oesterreich braucht man nämlich selbst Staatsgrundgesetze nicht förmlich „aufzuheben“, um ihre Geltung bis auf den Nullpunkt herabzudrücken, geschweige denn ministerielle Verordnungen. Baron Gausch kann die Operation, deren rascher und energischer Vollzug die Tschechen zur Wuth des Schmerzes ausschlagen würde, langsam und schmerzlos vollziehen. Das ist freilich gar nicht hübsch, daß dem so ist, aber es ist eine politische Thatsache, und die deutsche Linke scheint mit ihr zu rechnen, wenn sie sich, wie die letzten Nachrichten melden, zur äußersten Nachgiebigkeit entschlossen hat. Trotz alledem bleibt die Aussicht, das Ausgleichungsprovisorium auf parlamentarischem Wege zu erledigen, lächerlich gering.

Die Nachrichten über diese Frage, die die Leser weiter unten wiedergegeben sind, klingen wie die letzten Bulletins über einen Todkranken. Und auch da ist Baron Gausch in der angenehmen Lage, ungekränkt thun zu dürfen, was man Wadeni niemals verzeihen haben würde. Niemand wird es ihm ernstlich unternehmen dürfen, wenn er das Ausgleichsverhältnis auf außerparlamentarischem Wege regelt, wenn diese Regelung nur in halbwegs loyalen Formen geschieht. Standrecht und Staatsstreich, das ist die Erbschaft des Grafen Wadeni. Zu einem abschließenden Urtheil über die neue Regierung wird man erst dann gelangen können, bis sie sich dieser Erbschaft entledigt haben wird.

Vom 4. ds. Mz. wird gemeldet: Die innerpolitische Situation hat sich in Folge der Erklärung des böhmischen Fendaladels, jede Konzession in der Sprachenfrage abzulehnen zu müssen, wieder bedeutend verschlechtert. Die Aussichten auf Wiederaufnahme der parlamentarischen Thätigkeit sind vollständig geschwunden.

Und vom 6. ds. Mz. heißt es wieder: Der Stand der inneren Situation hat sich ein wenig gebessert. In der gestern Abend bis 6 Uhr abgehaltenen Konferenz, die Ministerpräsident v. Gausch mit den Obmännern der vereinigten Linken gepflogen hat, zeigten sich Letztere äußerst nachgiebig gekümmert. Heute wird der Ministerpräsident mit den Obmännern der Rechten konferenzieren, und Morgen soll die Entscheidung fallen.

Das Sühnopfer für den Sturz Wadenis ist recht mager ausgefallen. Von den 30 Personen, die anlässlich der Wiener Kundgebungen vom 26. bis 28. November angeklagt worden waren, wurden 17 freigesprochen. Einer der Angeklagten wurde zu acht

Tagen, einer zu drei Tagen, die übrigen zu Arreststrafen von vierundzwanzig respective achtundvierzig Stunden verurtheilt.

Die bürgerlichen Blätter rühmen den Richtern große Milde nach. Jedenfalls hat das Vergnügen, den Ministerpräsidenten wegzujagen, die Wiener sehr wenig gekostet.

In Prag ist alles ruhig. In der Nacht vom Freitag auf Sonnabend wurden unter starker militärischer Eskorte 67 Personen, die am 1. und 2. d. M. verhaftet worden waren, dem Strafgericht eingeliefert, und zwar 55 Personen durch die Polizei und 12 aus den vorstädtischen Bezirksgerichten.

Während der Ausschreitungen der letzten Tage wurden in Prag und den Vororten 44 Geschäftsläden geplündert. Bei 800 Häusern und Kaufläden wurden die Fenster eingeschlagen. Der „Anführer“ der Menge, welche das Cafe Flussler auf dem Alstädter Ring plünderte, ist angeklagt, ausgeforscht und verhaftet worden. Die Geplünderten sind zumeist ärmere Geschäftsleute. Viele sind vollständig ruiniert und wissen nicht, was sie nun beginnen sollen. Man plant eine Pölsaktion in privatem Wege, doch wird es nicht möglich sein, auf diesem Wege den Schaden anzumachen.

Die Prager „Bohemia“ rät den Geschädigten, den Rechtsweg zu betreten und die Verübten für den durch ihre Fahrlässigkeit geschehenen Schaden haftbar zu machen. Ob diese Aktion Erfolg haben wird, ist freilich höchst fraglich.

Sonabend fand unter Vorsitz des Kaisers ein gemeinsamer Ministerrath statt, dem auch Graf Soluchowski und Graf Banffy bewohnten. Die Budapest Korrespondenz berichtet, Baron Maffry, der sich morgen wieder nach Budapest begeben werde, am Montag dem ungarischen Abgeordnetenhaus einen Gehentwurf vorlegen über selbständige provisorische Verfügungen, betreffend Aufrechterhaltung des status quo zwischen Ungarn und Oesterreich auf handelspolitischem Gebiete und bezüglich der österreichisch-ungarischen Bank. Die Verhandlungen im ungarischen Abgeordnetenhaus über die Sondergesetze, betreffend die gemeinsamen Angelegenheiten, dürften ohne die gefürchteten stürmischen Szenen verlaufen, da die nationale Partei und die Volkspartei der Vorlage keine Opposition machen werden.

Die Provinz dagegen kommt nicht zur Ruhe. Aus nicht weniger als 15 Orten Böhmens haben die letzten Tage Nachrichten über die stattgefundenen Krawalle gebracht.

Infolge der alarmirenden Nachrichten in der Provinz hat die Regierung ihren Plan, das Standrecht wieder aufzuheben, fallen gelassen und dürfte dasselbe noch auf weitere Städte ausgedehnt werden.

In Kuttenberg durchzogen kleinere Haufen junger Leute wieder singend die Gassen und zertrümmten verschiedene Fensterscheiben. In Benschau wurden in 23 von Israeliten bewohnten Häusern die Fenster eingeschlagen. Da weitere Ausschreitungen befürchtet wurden, wurde Militär hin beordert. Nach Mitternacht trat Ruhe ein.

In Jungbunzlau wurden mehreren jüdischen Einwohnern die Fenster eingeschlagen und andere Demolirungsversuche gemacht. In Gitschin fanden größere

Ansammlungen statt, ohne daß es zu Gewaltthatigkeiten kam. Nachdem die dortigen Bürgervereine die Aufrechterhaltung der Ordnung übernommen haben, sind die Militärpatrouillen abberufen worden. Es herrscht nunmehr dort vollständige Ruhe. In Gablonz sind keine größeren Ansammlungen vorgekommen, nur wurden in einem Gasthause die Fenster eingeschlagen; die Thäter sind verhaftet.

Die Dreyfus-Affaire in der französischen Kammer.

Der Deputirt Castelin befragte am Sonnabend Méline über die Dreyfus-Angelegenheit und bat ihn, die öffentliche Meinung und die Armee beruhigen zu wollen. Méline erklärte: In diesem Augenblick giebt es keine Dreyfus-Angelegenheit und kann es keine geben. Ein Offizier ist des Verrathes beschuldigt worden, die Voruntersuchung ist abgeschlossen und das einleitende Verfahren eröffnet worden. Da die Angelegenheit in den Händen der Militärgerichtsbarkeit liegt, kommt es weder der Regierung noch der Kammer zu, sich damit zu beschäftigen. Castelin bemerkte, er nehme Akt von der Erklärung des Ministerpräsidenten Méline, daß kein Zusammenhang zwischen der Angelegenheit Dreyfus und derjenigen des Majors Esterhazy bestehe.

Der Kriegsminister Villot erklärte: Es giebt keine Dreyfus-Angelegenheit. Dreyfus ist zu Recht gerichtet und verurtheilt worden. Dreyfus ist schuldig. Was die Esterhazy-Angelegenheit angeht, so ist das Verfahren eingeleitet. Die Sache liegt in den Händen der Justiz. Niemand wird an der Parteilichkeit des Verfahrens zweifeln. Ich bedauere, Verleumdungen gegenüber waffenlos zu sein, die den Generalstabschef berühren, und bitte die Kammer dringend, dazu beizutragen, daß dieser widerwärtigen Campagne ein Ende gemacht werde. (Lebhafter Beifall.) Die Diskussion wird geschlossen.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung werden sieben Tagesordnungen eingebracht, von denen Méline diejenige des Deputirten Lavertujon annimmt. Dieselbe lautet folgendermaßen: Die Kammer, die die Autorität der res judicata (des Urtheils gegen Dreyfus) achtet und sich der Fuldigung anschließt, die der Kriegsminister der Armee erwiesen hat, geht zur Tagesordnung über. Der erste Theil der Tagesordnung wird mit 490 gegen 18, der zweite mit 523 gegen 18 Stimmen angenommen. Der Deputirt Humbert beantragt, in die Tagesordnung Lavertujon's die Worte aufzunehmen, daß die Kammer die Erklärungen Villot's billige. Dieser Zusatz wird mit 325 gegen 153 Stimmen genehmigt. Der Deputirt Richard beantragt, der Tagesordnung noch die Worte hinzuzufügen, daß die Kammer die Führer der widerwärtigen Campagne brandmarkt.

Bei der Abstimmung zeigt sich, daß die beschlußfähige Zahl von Deputirten nicht vorhanden ist. Die Sitzung wird deshalb auf fünf Minuten unterbrochen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung wird der Zusatzantrag Richard mit 154 gegen 77 Stimmen angenommen, und schließlich die gesammte Tagesordnung in ihrer nunmehrigen Gestalt mit 313 gegen 65 Stimmen angenommen.

Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(64. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

War es nicht sonderbar, daß sie so oft und dringend nach Sofia gefragt hatte? Jedes Wort fiel ihm ein, das er über sie gesprochen, daß sie ihm gleichsam zu entlocken gewußt . . . und er erinnerte sich des Blickes, der Handbewegung, die ihre knappen Aeußerungen begleitet hatten. Schon hat sein krankhaft erhöhtes Schuldgefühl eine neue Anklage gegen sie erhoben. Katale war geblieben, weil sie keine Reue für Sofia errathen und seine Abtrünnigkeit vorausgesehen hatte.

Damals schon? — Wie konnte sie das? — Er schüttelte den Kopf — nein, nein, das war unmöglich! „Heuchler, Heuchler!“ ruft er sich zu und schlägt sich hart vor die Stirn, „ist es Dir noch nicht klar geworden, daß Du nach ihr verlangst hast, von dem ersten Augenblick an, wo Du sie geschaut? Und heute, und jetzt? Du kannst kaum die Stunde erwarten, wo Du sie wieder siehst, ihre Stimme hörst und ihr in die Augen blickst. . . Und bist Du nicht selig, wenn ihre Hand Dich berührt, wenn nur die Falte ihres Kleides Dich streift? Und verlangst Du nicht nach dem Blick von ihr geliebt zu werden, so wie Du sie liebst, in heißer, verzehrender Gluth?“

Er erschauert . . . ihm grant plötzlich vor diesem Blick, an das er seine Seele gehängt hatte. Und da fällt ihm das Wort Afschins ein, die grausame Selbstverspottung:

„Wir leben vergnügt im Auslande, wir studiren und philosophiren und sonnen uns, und schwärzen von der Entwicklung Rußlands.“ Ja, er hatte sich gesonnt im Lande der Freiheit und sich berauscht in allen Süßigkeiten des Lebens und darüber die Tyrannei und die

Knechtschaft vergessen, die die Brüder zum Wahnsinn treiben, worunter die ganze Nation erstickt. Er wendet sich ab von dem, was sein Blick gewendet, er verwirft es, um sich dahin zu stellen, wohin Rußlands tausendfältiger Jammer ihn ruft. Dort ist sein Platz, und nirgend sonst! . . .

Der Mond ging unter und die flimmernden Sterne blickten in mildem Glanze auf diese dunkle Erde hernieder und auf den bleichen Mann, der da sann und sann.

Als er sich wieder erhob, war er ein Anderer. Er hatte die weichen Empfindungen von sich geworfen, er war ein Kämpfer geworden, der vor nichts mehr zurückschreckt.

Langsam, aber festen Schrittes ging er abwärts, die Augen zu Boden geheftet.

Mechanisch nahm er den Weg nach Oberstraß. Er ging an dem Palmhof vorüber und verschwand in dem Gewir unreelmäßiger Häuschen, die von der Universitätsstraße abbiegend nach abwärts führten. Es graute im Osten, als er sein Zimmer betrat.

Eine Gestalt erhob sich bei seinem Eintritt von dem Stuhle, auf dem sie gesessen.

Es war Afschin.

„Du?“ rief Lazar.

Afschin ging auf ihn zu.

„Ich habe Deine Rückkehr erwartet“, forschend sah er ihm ins Antlitz: „Was nun?“

Lazar legte seine kalte Hand in die seine.

„Ich bin der Cure.“

IV.

Der rothe Postmeister zeigte sich an dem Morgen nach der Versammlung noch ein gut Theil nervöser als gewöhnlich.

Es ging ihm auch gar so viel im Kopf herum, es war um die Wände hinauf zu laufen.

Der Kongreß der deutschen sozialdemokratischen Partei sollte in den nächsten Tagen stattfinden.

Da dieser Partei genommen war, was allen andern durch die Verfassung gewährleistet, da für sie das Versammlungsrecht aufgehoben und jede öffentliche Thätigkeit untersagt war, so mußten ihre Vertreter heimlich zusammen kommen und im Geheimen tagen. Man durfte 60—70 Delegirte erwarten, die aus allen Theilen Deutschlands entsendet, sich auf Schweizerboden zusammen finden sollten.

Der rothe Postmeister hatte den Ort ausfindig zu machen, an dem sie ungestört ihre Sitzungen abhalten konnten. Aber er hatte es auch unternommen, für alle leiblichen Bedürfnisse der Kongreßmitglieder Sorge zu tragen.

Bei der beständigen Ueberwachung, der die Mitglieder der Partei unterworfen waren, war das Eine eben so schwierig wie das Andere.

Eine große Anzahl gekannter und zumeist signalisirter Persönlichkeiten sollte tagelang, wie unter einer Tarnkappe leben und noch dazu mit Speise und Trank versehen werden.

Welche Vorsicht mußte da nicht beobachtet, wie strenge das Geheimniß bewahrt bleiben, sollte nicht Verrath unterlaufen.

Es war eine schwer zu bewältigende Aufgabe, aber die fruchtbare Phantasie des rothen Postmeisters zeigte sich ihr gewachsen.

War nicht das Schwerste schon geschehen — das Wichtigste vorbereitet? Jetzt noch eine helfende Hand — um — um — Er rannte in seinem Bureau hin und her, überlegte, rechnete, kombinierte, dann sah er nach der Uhr —

Er erwartete Telegramme — sie konnten schon da sein — er erwartete die Ankunft seines „Seelöwen“, der ihm Bericht erstatten sollte, ob es wieder einmal gelun-

General Saffier überwiegt die Affaire Esterhazy einem Kriegsgericht.

Die Studentenschaft plant morgen während der Senatsitzung Demonstrationen gegen Scheurer-Restner vor dem Wohnhaus Polas und vor der Redaktion des Figaro.

Soziales und Partei-Leben.

Zum Schutz der Biegeleiarbeiter. Die amtliche „Berl. Korresp.“ theilt mit. Die Gültigkeitsdauer der Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiterinnen in Biegeleien läuft am 1. Januar 1898 ab. Nach den Ergebnissen der Umfrage vom 24. März dieses Jahres bestehen über verschiedene Punkte der Bestimmungen so erhebliche Meinungsverschiedenheiten, daß sich vor Ablauf der Gültigkeitsdauer eine Verständigung nicht erzielen lassen wird. Der Bundesrath hat daher in seiner gestrigen Sitzung beschlossen, die Gültigkeitsdauer der bisherigen Bestimmungen um ein Jahr zu verlängern. In dieser Zeit werden voraussichtlich die Verhandlungen über ihre Abänderung und Ergänzung zum Abschluß gebracht werden können.

Aus Nah und Fern.

Der Afrikaforscher Eugen Zintgraff ist, in Berlin eingegangenen Privatnachrichten zufolge, am 4. Dezember in Teneriffa, erst 39 Jahre alt, am Malariafieber gestorben.

Ein Demokrat von echtem Schrot und Korn, der auch an unserer Partei warmen Antheil nahm, der alte charakteristisch-stämmige Ludwig Waresch, ist gestorben. Er war in Göttingen im Jahre 1822 geboren, wo er auch seine demokratische Gesinnung eintrug, die ihn im Sturmjahr 1848 zum Mitkämpfer für die Freiheit machte. Im Jahre 1868 wählte ihn das Oberamt Maulbronn zum Landtagsabgeordneten. Sein Beruf führte ihn später nach München und in die Schweiz. Nach seiner Rückkehr in den achtziger Jahren beehdete er überall sein großes Interesse für die williche Demokratie. Er hat Treue gehalten, dafür ist ihm ein gutes Andenken geschenkt.

Das inhaltreiche Kapitel „Schutz gegen Schanzleute“ ist wiederum um einen charakteristischen Fall vermehrt worden. Die Strafkammer in Breslau verurtheilte den Schanzmann Wastab zu drei Monaten Gefängnis wegen widerrechtlicher Freiheitsberaubung. Wastab hatte einen Handwerksmeister, mit dem er nach lustiger Beche in Streit gerathen war, ohne Grund nach dem Wachtlokal abgeführt.

Ein Mohr-Prozess. Frankfurt, 4. Dezbr. In dem vielwähnten Prozess des Margarinefabrikanten und ehemaligen Landtagsabgeordneten Mohr gegen die „Frankfurter Zeitung“ wegen Beleidigung stand heute die Berufungsverhandlung an. Bekanntlich fühlte sich Mohr beleidigt durch die Darstellung und Besprechung seines Verhaltens gegenüber der Kaffee-Essenz-Fabrik von Pfeiffer u. Diller in Hirschheim bei Worms, von deren Einrichtungen er sich auf angeblich illoyale Weise Kenntniß verschaffen wollte. Das Schöffengericht hatte seinerzeit den verlagten Redakteur C. G. R. Defer zu einer Geldstrafe von 500 Mark verurtheilt. Die Strafkammer vertagte heute nach fast sechsstündiger Verhandlung die Urtheilsverkündung auf vierzehn Tage.

„Poesie im Postdienst.“ Die „Deutsche Post-Bez.“ theilt folgende heitere Geschichte mit: „Bei dem Postamte

gen war, den „Reichsanzeiger“, so hatte er ironisch den „Sozialdemokrat“ getauft, über die Grenze zu schmuggeln.

„Es geht immer schwerer,“ murmelte er, „ich muß weitere Verbindungen einleiten — neue Ausfallsthore schaffen.“

Er fingerte in der Luft herum, als schriebe er geheimnißvolle, nur ihm sichtbare Zeichen in dieselbe.

So, die Augen in die Höhe gerichtet, stieß er mit den Füßen unmerklich an die Tonne Weinstein, die in der Ecke lagerte.

„Verdammtes Zeug!“ rief er, „muß mir immer aufs Neue die Galle erregen.“

Es war seine Idee gewesen, den „Sozialdemokrat“ in solche Tonnen zu verpacken, diese mit Weinstein aufzufüllen und als Weinstein zu verschicken. Aber der „Sozialdemokrat“ mochte im Verhältnis zu schwer und so mußte es unterbleiben.

Aber fehlgeschlagene Experimente konnten sein Ehrgeiz, und das verschwendete Geld seine Sparsamkeit als Administrator nicht verwinden.

Er versetzte der Tonne einen dröhnenden Fußtritt und sagte gallig:

„Seht kammst Du Dir daraus kühlende Tränkchen bereiten, so viel Du willst — Weinstein soll sehr gesund sein — daß man sich auch noch über seine eigene Dummheiten so ärgern muß!“

Er klopfte leise an die Thür.

Sie öffnete sich gleich darauf und ein junger stämmiger, tiefgebräunter Mann, mit breiter Brust und großem Kopfe, der durch einen braunen Vollbart noch mächtiger wurde, erschien auf der Schwelle.

Der Postmeister war mit einem Sprunge an seiner Seite und blickte ihn angstvoll in's Gesicht.

Er athmete auf, als der Ankömmling aus dunklen Augen ihm entgegenlachte.

in . . . brüch war einem Postgehülfe wegen Betriebsverfehens ein Verweis zugeschrieben worden. Der Gehülfe, dessen poetische Ader nie geschlossen ist, erwiderte auf das Schreiben:

„Dem Kaiserlichen Postamt . . . brüch gehorfsamst zuhelt.“

Das von mir gemachte Versehen Ist im Drange des Geschäfts geschehen! Ich erkenn's gehorfsamst an.

Postgehülfe . . . mann“

Dieser launige Einfall schien dem Chef nicht sonderlich gefallen zu haben, denn der Gehülfe fand das Schriftstück am folgenden Morgen auf seinem Arbeitsplatz vor mit folgender Verfügung:

„Was Sie da schreiben, ist Quark! Dafür zahlen Sie eine Mark! Mühsig arbeiten Sie korrekter!“

X, Postdirektor.“

Erinnerungen eines „Sty“-Redakteurs. Ein Festgelage. (29. Juli 1896.)

Me war er so köstlich wie heute, Der Mumsfußsch!
Er stellt sich dem „Wesken“ zur Seite, Der Mumsfußsch!
Wel so einer kräftigen Suppe Da ist alles Andere schimpe;
Ich sag' es mit gutem Gewissen, Es glebt keinen ledereen Wissen Als Mumsfußsch!
Me war er so trefflich wie heute, Der Mumsfußsch!
Ich zapple des Mittags vor Fremde Bei Mumsfußsch!
Er schmeckt mir wie Mandeln, Eibeben, Es kann nicht leicht besseres geben.
Ich lasse mir's auch nicht verbrießen, Noch manchen Napf hier zu genießen Von Mumsfußsch!
Und Abends gab's „Heinrich“ mein Lieber, Da geht mir schon gar nichts darüber.
An einem Tag, mir unversehens, Gleich zwei solche Delikatessen! Hier kann ich mich pflegen und warten, Nach langen, beschwerlichen Fahrten.
Drum lassen sieh mein Betranen Auf Mumsfußsch und Heinrich, den blauen.

Holland.

Ein Sturm brach am Donnerstag im Aermelkanal aus. Eine ganze Anzahl Schiffe ist, wie aus London berichtet wird, zu Grunde gegangen und die Rettungsboote hatten mehr zu bewältigen, als sie leisten konnten. Der große Dampfer „Kanzani“ wurde nach Dover eingeschleppt, weil er die Schraube verloren hatte. Das Rettungsboot von Deal mußte in Dover einlaufen, weil die Einfahrt in den Hafen von Deal eine Unmöglichkeit war. Das Boot war ausgefahren, um einem Schiffe zu helfen, das auf den Woodwin-Sandbänken gestrandet war. Es konnte aber das gefährdete Schiff nicht erreichen. Die Seemann von Deal ist von den Wellen arg beschädigt worden. Auch in Broastairs hat der Sturm mit ungeheurer Gewalt gewüthet. Hagel und Schnee gefielten sich zum Winde. Draußen auf dem Meere sah man, wie zwei Schiffe mit dem Anwerter kämpften, aber das Rettungsboot von Deal konnte nicht in See stechen, weil es am Montag zu stark beschädigt worden war. Von Ramsgate lief ein Rettungsboot aus, aber es kehrte zurück, ohne eine Spur von den gefährdeten Schiffen gefunden zu haben. Bei Cromer gerieth die Schaluppe „Hero“ auf den Sand. Der Schiffsführer her Schmach „Ettie“, die gestern in Yarmouth eintraf, ist während des Sturmes über Bord gewaschen worden und ertrunken. In Yarmouth hat es geschneit. In Girkstone traf die Fischerschmach „Problems“ ein. Sie hatte zehn Mann von der Besatzung der norwegischen Bark „Dronning“ nebst der gesamten Mannschaft der Schmach „Olive“ an Bord.

Gott sei Dank, die Sendung war doch nicht abgefangen worden.

„Ohne jeden Unfall?“ fragte er, während er dem Mann die Hand schüttelte.

„Trotz des starken Seegangs kam ich glücklich über den Bodensee, aber ich mußte mit der Ladung warten, bis der Mond untergegangen war, und diese war ziemlich schwierig.“

„Mein topperer Seelöwe“, rief der Postmeister entzückt, indem er zärtlich die muskulöse Gestalt des Mannes betrachtete, der keines Zeichens Schuster war, aber dieser friedlichen Beschäftigung entlagte, um ein gefahrvolles Handwerk zu üben.

„Seit fünf Wochen haben sie uns nichts mehr weggeschnappt.“

„Es ist einzig, dafür werde ich Dich zum Admiral ernennen.“

Und der Postmeister schlug den jungen Mann auf die Schulter, der in dem Augenblick so glücklich aussah, als wäre ihm soeben eine offizielle große Auszeichnung zu Theil geworden.

„Für die nächste Zeit werden wir aber doch die großen Ausfallsthore vermeiden müssen und neue Listen ersinnen“, sagte der Schuster.

Selbstverständlich, selbstverständlich — es krabbel mir schon wieder so etwas im Kopfe herum — etwas ganz Niederträchtiges — Du sollst in diesen Tagen mit Freunden meine Künste sehen“, deklamirte der Postmeister, rieb sich die Hände und lachte vergnügt.

Da klopfte es wieder.

„Schon wieder eine Störung, daß die Leute Einen nicht in Ruhe lassen können!“ rief der Postmeister so laut und unwirlich, daß der Draußenstehende sich über die Aufnahme, die er finden würde, nicht im Geringsten täuschen konnte.

Aber die Thür ging auf und Helene trat herein.

(Fortsetzung folgt)

Die beiden Schiffe sind in der Nordsee untergegangen. Die Möven sind sehr weit landeinwärts gezogen. Das gilt als Zeichen, daß schlimmes Wetter bevorsteht. Das Kamagater Brandungssboot „Friend of alle Nations“ nach in See, als das Leuchtschiff Nothzeichen gab. Nicht lange nachher sah man das Boot umgeschlagen beim Nayland Felsen. Als es aufgerichtet worden war, entdeckte man einen Rettungswann kaum noch lebend unter dem Poote. Später langten noch drei andere Rettungsleute lebend am Ufer an, aber sieben Leichen von der Mannschaft des „Friend of all Nations“ wurden an das Ufer geschwemmt. Wahrscheinlich sind im Ganzen zehn Mann ertrunken.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 21. bis 27. November 1897.

Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters. November 16. Arbeitermann Christian Conrad Joachim Tels 19. Tischlergeselle Carl Friedrich Wilhelm Rößelmann. 21. Arbeitermann Anton Freiwaald. 22. Schmiedegeselle Johann Heine. Wilhelm Hinrichs, Wilhelmshöhe. 24. Wäckergele Ernst Eduard Homm. Höler Johann Carl Wilhelm Blöfs. 25. Stellmacher Christian Heinrich Hansen. Schiffsoch Paul Emil Friedrich Diederich Schubl. 26. Arbeitermann Heinrich Wilhelm Schuldt. Schlosser Hans Joachim Matthias Rod. 27. Töpfergeselle Carl Gottlieb Lieblichwager. Landbriestträger Friedrich Wilhelm Heinrich Klinge. Schlosserjunge Friedrich Carl Theodor Dobbertin. 28. Schlosserjunge Franz August Carl Schreemann. Arbeitermann Johann Peter Heinrich Meyer. 29. Werbeleucht Georg August, Vorwerk. 30. Zimmergeselle Peter Georg Gottlieb Strunz. Dezember 2. Arbeitermann Johann Heinrich Wilhelm Groth. 1. Buchhalter Heinrich Andreas Künns Willow.

b) Mädchen. Name und Beruf des Vaters.

November 20. Schuhmachermeister Hermann Friedr. Wächter. 22. Arbeitermann Heinrich Johann Christian Wuff. Schlachter Friedrich Johann Wilhelm Wähg. 23. Schriftföher Cestian David Wad. 25. Schmiedemeister Magnus Friedrich Wilhelm Rod. 26. Arbeitermann Carl Heinrich Friedrich Rodsien. Wäckergele Otto Johann Joachim Wähg. 27. Wäckermeister Adolf Ernst Friedr. Heinrich Wähg. 28. Tischlergeselle Heinrich Gottfried Johann Strecker. 29. Ingenieur Carl Axel Nysted. Arbeitermann Paul Friedrich August Rowig. 30. Maschinenbauer Hieronymus Johann Julius Kemper. 31. Geschäftsföhrer Johannes Wilhelm Otto Dahms. Wäckergele Ernst Heinrich Simon Ties. Tischlergeselle Johann Georg Conrad Wehnd. Dezember 1. Arbeitermann Joachim Heinrich Carl Friedrich Grabow.

Sterbefälle.

November 27. Catharina Dorothea Anna geb. Dörkop, Ehefrau des Arbeitermanns Johann Wilhelm August Seinfeld, 40 J. Sönger am Stadthener Julius August Conrad Verdes, 26 J. 28. Handelsmann Johann Carl Theodor Kulow, 52 J. Kaufmann August Eduard Katter, 66 J. Zimmermann Johann Heinrich Friedrich Kruse, 46 J. 29. Martha Friederike Luise Halse, 14 Jahre. Anna Marie Elisabeth geb. Wittfoht, Ehefrau des Güterbedenarbeiters Johann Hermann Hinrich Weis, 45 J. Arbeitermann Hans Künns Hinrich Minter, 84 J. Gertrud Bartels, 2 M. Ella Frida Auguste Rosenquist, 3 M. Anna Maria Luise Catharina geb. Ahrendt, Ehefrau des Arbeitermanns Fust, 31 J. Arbeiter Theodor Friedrich Johannes Ungmann, 22 J. 30. Catharina Dorothea geb. Wagner, Wittve des Erbpächtlers Johann Ludwig August Weier, 84 J. Martha Johanna Elisabeth Wiesen, 1 J. Carloline Georgine Elisabeth Martius, 61 J. Elise Sophie Stouradine geb. Langenheilm, Wittve des Antiquaritätsraths Wilhelm Anton Gustav Hansen, 81 J. Sophia Maria Antoinette geb. Botefför, Ehefrau des Rechnungsraths Theodor Friedrich Wilhelm Schan, 60 J. Tischler Wilhelm Sophus Detlev Reeb, 44 J. 1. Dezember. Käthe Wilhelmine Frieda Marie Elisabeth Minter, 1 M. Hans Emil Rudolph Wilhelm Heinrich Heyst, 7 M. Arbeitermann Hans Hermann Wienthold, 77 J. Eisenbreher Ernst Heinrich Friedrich Heinfeldt, 25 J. Bertha Emma Schomann, 5 M. 2. Photograph Otto August Hermann Pösch, 22 J. Christine Fabs, 4 M. Willy Robert Heinrich Adolph Thiel, 7 M. Schuhmacher Johann Hinrich Ludwig Lankau, 75 J. Arbeitermann Johann Gustav Friedrich Kebermann, 72 J. Maria Kownacki, 15 J. (Krempelbohr). 8. Elsa Klemm, 1 J. 4 M. Arbeitermann August Wilhelm Sais, 71 J. Iwan Alfred Mesmitoff, 2 M. 4. Elisabeth Catharina Christine Dyrt, 17 J. Rudolf Johann Jürgen Heinrich Detmann, 10 M.

Ungeordnete Aufgebote.

November. 29. Gahmrich August Heinrich Wilhelm Jod zu Edelhof und Maria Dorothea Sophia geb. Drees, des Kaufmannes Hinrich Friedrich Wähse, Wittve. Lagerist Leo Krouer und Martha Dorothea Kaumenacher zu Curan. Oberlehrer Dr. phil. Friedrich Hirsch und Anna Minna Franziska Bornheim zu Saarlouis. Kaufmann Carl Ewald Ernst Bagt zu Weikow und Emma Dorette Ebel. 30. Stründergehülfe Robert Edmund Höfler und Anna Maria Helene Lorenz. Kaufmann Nils Johann Klein und Marie Johanna Christine Neumann. Kaufmann Carl Friedrich Külle und Louise Leonore Alma Gajan. Landwirth Carl Heinrich Friedrich Drens zu Rügow und Helene Wilhelmine Caroline Sophie Schröder zu Rehberg. Dezember. 1. Buchhalter Ernst Christian Friedrich Hildebrandt und Helene Pauline Jüninger zu Gätrow. Arbeiter Carl Ludwig Friedrich Heinrich Höfler und Martha Sophie Caroline Block. Schiffssoffizier Alfred Heinrich Eduard Behrens und Anna Clara Conradt. Schreiber an der Senatskanzlei Christian Eduard Richard Berning und Dorothea Marie Sophie Busch. 2. Arbeiter Hans Carl Hieronymus Maad und Doris Wiler, beide zu Wandabek. Schlosserjunge Hans Heinrich Wilhelm Schwarz und Emma Margaretha Maria Brindel. Kaufmann Franz Friedrich August Seegrün und Maria Spannagel, beide zu Mannheim. Arbeiter August Friedrich Carl Bid und Wilhelmine Friederike Karoline Lu zu Goldenstaedt. 3. Lehrer Meno Heinrich Johannes Ederus zu Hamburg und Anna Catharina Mathilde Mühllein. 4. Parvicar Paffler Christian Ernst Eduard Bender zu Dachshausen und Irma Ottilie Edmund Dorothea Proffert. 5. Schiffssoffizier Johannes Carl Heinrich Hölte zu Hamburg und Anna Ernestine Wilhelmine Engelmann. Lithograph Adolph Bernhard Rodel zu Hamburg und Alwine Dorothea Friederike Fering. Arbeiter Johannes Joachim Heinrich Behmkuhl und Anna Heleneleichter zu Sackwiz. Arbeiter Wilhelm Christian Eduard Hermann Dittmann und Luise Ida Auguste Sager.

Geschließungen.

November. 30. Straßenreinerer Heinrich Johann Joachim Friedrich Wätcher und Catharina Marie Luise Schnoor. December 1. Meier Johann Friedrich Hinrich Hennings zu Heide und Catharina Johanna Minna Marie Teschau. Marinefabrikant Dr. med. Wilhelm Eduard Ernst Ferdinand Behrens zu Kiel und Eleonore Dorothea Franziska Ruan. 2. Kaufmann Hermann Wilhelm Theodor Evers und Emma Anna Emilie Bauer, beide zu Berlin. 3. Handlungsgehülfe Friedrich Wilhelm Hermann Meineke zu Hamburg und Anna Pauline Magdalena Zeeß. 4. Arbeiter Joachim Heinrich Friedrich Wintemann und Christine Catharina Henriette Donath. Arbeiter Fritz Johann Heinrich Marten und Catharina Margareta Dorothea Stoffer. Tischlerjunge Martin Jacob Friedrich Hühorn und Maria Christina Elisabeth Krieger. Geschäftsföhrer Johannes Heinrich Christian Wilhelm Hoff und Frida Carloline Catharine Wolff.